Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/31

31. Sitzung

Mittwoch, den 25. September 2002

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

" Sonderstudium für Gymnasiallehrerinnen und -lehrer? Reform des Lehramtsstudiums nicht verhindern!" auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 14/1430 -"Reform der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der CDU Zu dem Thema findet eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt. Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter (LPR) Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags Drucksache 14/1134 – dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1044 – Erste Beratung dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1044 – wird in zweiter

Wahl von stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

dazu: Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags – Drucksache 14/1441 –
Die im Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags – Drucksache 14/1441 – jeweils unter a Genannten werden einstimmig für die am 24. November 2002 beginnende Amtszeit gewählt
Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1429 – Erste Beratung
Gleichstellung behinderter Menschen – Umsetzung auf Landesebene Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksachen 14/1028/1160/1201/1277 –
Die Drucksachen 14/1429/1028/1160/1201/1277 – werden gemeinsam aufgerufen und beraten.
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1429 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanz-ausschuss, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung, an den Ausschuss für Bildung und Jugend und an den Rechtsausschuss überwiesen
Die Große Anfrage der Fraktion der CDU ist mit ihrer Besprechung erledigt
Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1267 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 14/1417
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1267 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen
Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1093 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses - Drucksache 14/1405
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1093 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen

Kampagne "Qualität ist uns was wert" Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1047 –
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau – Drucksache 14/1428 –
Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1047 – wird mit Mehrheit abgelehnt2114
tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgebührengesetzes für Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1146 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 14/1418
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1146 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen
Landesgesetz zu dem Abkommen über die Bildung eines gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1151 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses - Drucksache 14/1419
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1151 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen
Landesgesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1223 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses - Drucksache 14/1412
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1223 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von Bildungsnachweisen im Hochschulbereich

Antrag der Landesregierung

Drucksache 14/1440 –

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ungarn über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Antrag der Landesregierung

Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Antrag der Landesregierung - Drucksache 14/1442
Die Anträge der Landesregierung – Drucksachen 14/1440/1442 – werden gemeinsam aufgerufen.
Die Anträge der Landesregierung – Drucksachen 14/1440/1442 – werden an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur überwiesen2115

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlte:

Der Abgeordnete Herbert Schneiders.

Rednerverzeichnis:

Abg. Billen, CDU:	2108, 2113
Abg. Dr. Geisen, FDP:	
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	
Abg. Dröscher, SPD:	
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:	
Abg. Frau Ebli, SPD:	2107
Abg. Frau Elsner, SPD:	2113
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	. 2105, 2106, 2112, 2113
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	2086, 2091
Abg. Frau Thelen, CDU:	2098
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2089
Abg. Kuhn, FDP: Abg. Lelle, CDU:	2079, 2085, 2090
Abg. Lelle, CDU:	2082
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2094, 2101
Abg Rösch SPD	2099
Abg. Rösch, SPD:Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2078 2084
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	
Präsident Grimm: 2078, 2079, 2080, 2081, 2083, 2084	
2089, 2090, 2091, 2092, 2093	
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:	
Vizepräsident Dr. Schmidt:2101, 2102, 2104, 2105, 2106, 2107	
	2113, 2114

31. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 25. September 2002

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 31. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Schriftführende Abgeordnete sind Dr. Edmund Geisen und Gerd Schreiner, der auch die Rednerliste führt.

Entschuldigt ist für heute der Abgeordnete Herbert Schneiders. Ich bitte, auch Herrn Wirtschafts- und Verkehrsminister Bauckhage zu entschuldigen, der wegen der Erkrankung seiner Frau heute nicht anwesend sein kann.

Ich freue mich, Kolleginnen und Kollegen zum Geburtstag gratulieren zu können. Heute feiert Anne Kipp Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Am 13. September wurde Alexander Licht 50 Jahre alt. Ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Klaus Hammer wurde am 16. September 60 Jahre alt.

(Beifall im Hause – Pörksen, SPD: Er muss noch seinen Mittagsschlaf halten! – Heiterkeit im Hause)

- Er feiert noch!

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, die Themen zur Lehrerausbildung in der heutigen Plenarsitzung zu behandeln.

Des Weiteren sind die Fraktionen übereingekommen, **Punkt 14** der Tagesordnung während dieser Plenartage nicht zu behandeln.

Die Anträge der Landesregierung zur Zustimmung des Landtags zur Einverständniserklärung des Landes zu Abkommen im Hochschulbereich sind ebenfalls verfristet. Aber die Fraktionen haben angedeutet, dass sie der Aufnahme in die Tagesordnung dennoch zustimmen wollen.

Die Fraktionen haben darüber hinaus ihr Einverständnis erklärt, dass **Punkt 23** der Tagesordnung, der Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden soll.

Gibt es sonstige Hinweise zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

"Sonderstudium für Gymnasiallehrinen und -lehrer? Reform des Lehramtsstudiums nicht verhindern! auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/1430 -

"Reform der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 14/1432 -

Aufgrund des früheren Eingangs des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Nils Wiechmann das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die rheinland-pfälzische FDP setzt dazu an, nun auch in der dritten Legislaturperiode in Folge die Reform der Lehrerinnenausbildung zu verhindern.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Dieser Versuch muss im Interesse der Lehramtsstudierenden und insbesondere auch im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler gerade auch vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Es gibt keine Zeit zu verlieren. Die Reform der Lehrerinnenausbildung ist schnellstmöglich umzusetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, in diesem Zusammenhang möchte ich eine Forderung zitieren, die auch noch aus der neuesten Ausgabe Ihrer Leib- und Magenpostille, der Zeitschrift des Philologenverbandes, stammt:

(Unruhe im Hause – Lelle, CDU: Na, na, na! – Zuruf des Abg. Bischel, CDU – Glocke des Präsidenten)

Frau Höhler, eine bundesweit bekannte Beraterin für Politik und Wirtschaft, fordert eine Revolution der Lehrerausbildung, die von Bund und Ländern mit nie gekanntem Tempo ins Werk gesetzt werden muss. Die Realität in Rheinland-Pfalz entspricht aber leider in keiner Weise dieser Forderung.

(Unruhe im Hause)

Vielmehr sind der Landesregierung gerade in diesem Bereich bereits in der Vergangenheit große Versäumnisse vorzuwerfen. Nach dem Willen der FDP-Fraktion soll dies nun auch noch so weitergehen.

Nichts anderes bedeutet es nämlich, wenn für Herrn Kuhn laut dpa ein nivellierendes, einheitliches Bachelor-Studium für Lehrkräfte aller Schularten nicht akzeptabel ist. Er erhebt die Forderung des Philologenverbandes nach einem völlig eigenständigen Gymnasiallehrerinnenstudiengang zu einer Grundsatzfrage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, in diesem Zusammenhang frage ich Sie: Bleibt eine Reform des pädagogischen und fachpädagogischen Anteils und die Erhöhung der Durchlässigkeit bzw. Einsetzbarkeit der Lehrerinnen und Lehrer in verschiedenen Schularten, wie Sie es in der jetzigen aktuellen Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben, für Sie ebenfalls eine Grundsatzfrage? Wie stellen Sie sich das vor? Wie wollen Sie in diesem Bereich den Reformstau auflösen? – Dafür würde ich gern einmal eine Begründung hören.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen bei der Lehrerinnenausbildung dringend eine Reform zur Stärkung des pädagogischen und ddaktischen Anteils, und wir brauchen eine schulstufenbezogene Lehrerinnenausbildung, da die Lehrerinnen und Lehrer in den verschiedenen Schularten einsetzbar sein sollen.

Es ist einmal mehr bemerkenswert und erstaunlich, wie die FDP mit einer der wichtigsten Fragen der Schulpolitik umgeht. Herr Kollege Kuhn, Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, mit einem eigenen Parlamentsantrag Ihre Vorstellungen für eine zukünftige Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu formulieren. Ich weiß nur von Ihnen, dass Sie dagegen sind. Anstatt miteinander über Probleme zu diskutieren, teilt die FDP lieber per Zeitungsinterview ihr Veto mit.

Herr Minister Zöllner, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, wollen Sie es wiederum zulassen, dass die FDP die dringend notwendige Reform der Lehrerinnenausbildung in Rheinland-Pfalz aus ideologischen Gründen und nur, um ihr vermeintliches Klientel im Philologenverband zu bedienen, torpediert und verhindert? – Ich hoffe nein!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise Sie darauf hin, dass die vorliegenden Parlamentanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD zur Lehrerinnenausbildung zeigen, dass es im Landtag eine Mehrheit für die von Minister Professor Dr. Zöllner vorgelegte Struktur der zukünftigen Lehrerinnenausbildung gibt. Allerdings sehen wir – das ist auch keine große Überraschung – natürlich an einigen Punkten auch noch erheblichen Nachholbedarf.

Herr Kuhn, ich kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass Sie mir gleich wieder den Ideologievorwurf für meine und unsere Vorstellungen machen werden.

(Kuhn, FDP: Ist klar!)

Ich kann damit ganz gut leben. Aber Sie müssen in diesem Zusammenhang daran denken: Wenn Sie mir Ideologie vorwerfen, werfen Sie diese Ideologie auch einem sehr großen Teil der Fraktion der SPD, also Ihrem Koalitionspartner, vor.

Meine Damen und Herren, gerade in einem so immanent wichtigen Politikfeld wie der Bildungspolitik blockiert die FDP dringend notwendige Reformen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, sagen zu können: Für eine nachhaltige Reformpolitik in diesem Bereich stehen Sie offensichtlich nicht zur Verfügung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Brede-Hoffmann.

(Unruhe im Hause –
Hartloff, SPD: Wenn Ihr jetzt
gemeinsam sprecht! –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ich habe
mich nicht gemeldet, Herr Kuhn
hat sich gemeldet! –
Kuhn, FDP: Wir können tauschen! –
Lelle, CDU: Streitet Euch nicht,
fangt an! –
Beifall im Hause)

Wenn sich die Redner einig sind. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie sehen, auch in dieser Frage sind wir uns einig. Das schiefe Bild, dass Herr Kollege Wiechmann zeichnen wollte, werde ich selbstverständlich korrigieren und deutlich machen, dass es für die FDP-Fraktion um ideologiefreie Behandlung dieses Themas geht.

Gestatten Sie mir zunächst einmal aus gutem Grund ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu dem Thema "Lehrerausbildungsreform". Meine Damen und Herren, diese Reform ist in Deutschland und in Rheinland-Pfalz zu Recht zum zentralen bildungspolitischen Thema geworden. Sie ist auch das Kernstück der Weiterentwicklung des Schulsystems in unserem Land. Ziel ist eine weitere Qualitätssteigerung unseres Schulsystems. Dies ist so in der Koalitionsvereinbarung festgelegt.

Zu diesem Thema gibt es eine bundesweite Diskussion. Der Reformvorschlag von Herrn Minister Zöllner, insbesondere die duale Ausrichtung der Ausbildung, ist das bisher überzeugendste Konzept, das uns deutschlandweit bekannt ist.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das angestrebte duale System wird den Erfordernissen eines verbesserten Praxisbezugs gerecht und beseitigt bisherige Schwächen, die von allen zu Recht beklagt werden.

Ein enger Praxisbezug von Anfang an ist sinnvoll und notwendig. Wir brauchen eine enge Verzahnung zwischen theoretischer Ausbildung und der Vermittlung von methodischen, didaktischen Kenntnissen und der Entwicklung pädagogischer Fähigkeiten.

Nur so haben wir die Chance eines kontinuierlichen sinnhaften Aufbaus der Ausbildung und einer Weiterentwicklung bis in das Berufsleben hinein. Die notwendige weitere Professionalisierung liegt im Interesse der Schüler, aber auch der Lehrer in ihrem anspruchsvollen und schweren Beruf. Sie sind selbst Schlüssel für eine deutliche Qualitätsverbesserung eines weiterentwickelten Qualitätsmanagements.

Meine Damen und Herren, über den dualen Ansatz hinaus bietet das vorgeschlagene Modell eine große Chance, in der Bachelorphase zu mehr Flexibilität zu kommen. Positive Synergieeffekte können in der Tat genutzt werden.

Der Charme des von Herrn Minister Zöllner vorgeschlagenen Modells besteht insbesondere darin, dass es offen ist für mögliche Verbesserungen, und zwar, ohne das Gesamtkonzept in Frage zu stellen. Das hat Herr Minister Zöllner von Anfang an deutlich gemacht.

(Beifall der FDP und der SPD – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

Das ist der Kern des Ganzen.

Die FDP-Fraktion ist dankbar für die Offenheit und die breite öffentliche Diskussion, auch politische Diskussion in diesem Zusammenhang. Insofern bedanken wir uns für die beiden Aktuellen Stunden, etwas weniger bei den Grünen, die es immer noch nicht gelernt haben, eine Aktuelle Stunde richtig zu formulieren,

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber vielleicht bekommen sie das noch hin.

Meine Damen und Herren, das Gespräch mit Personalräten, mit Hochschulen, mit Studienseminaren, Verbänden, aber auch politischen Gremien ist notwendig und so gewollt; denn das Schulsystem wird für die nächsten Jahrzehnte durch diese Reform nachhaltig geprägt.

Wir bedanken uns bei Herrn Minister Zöllner für das Angebot – das Angebot gilt für alle -, diesen Vorschlag rückhaltlos zu diskutieren, und für die Aufforderung, sich zu beteiligen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Hierbei vermisse ich die konstruktive Mitarbeit der beiden Oppositionsfraktionen.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion beschäftigt sich seit Beginn dieser Legislaturperiode intensiv mit Reformkonzepten und beteiligt sich aktiv an diesem Meinungsbildungsprozess. Unsere Vorschläge sind bekannt. Ich möchte an dieser Stelle, weil wir uns nicht über Zeitungen unterhalten oder verständigen wollen, für eine vernünftige Modifikation werben.

Es ist eine Modifikation, die völlig ideologiefrei ist und nichts mit den Interessen von Lehrerverbänden zu tun hat. Die FDP-Fraktion ist absolut unabhängig in ihrem bildungspolitischen Handeln.

(Glocke des Präsidenten – Beifall der FDP und der SPD – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ein guter Schlusssatz!)

Meine Damen und Herren, jetzt können Sie in der zweiten Runde natürlich gespannt sein, wie meine Vorschläge aussehen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Frau Abgeordnete Brede-Hoffmann.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Ende dieser Diskussion werde ich noch lernen, wie die Reihenfolge aussieht. Ich hätte die Kollegen von der CDU erwartet.

Präsident Grimm:

Vielen Dank für den Hinweis, Frau Kollegin.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Bitte schön.

(Beifall der CDU – Mertes, SPD: Man hilft sich, wo man kann!)

Präsident Grimm:

Man lernt nie aus.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Die Diskussion zum Thema "Lehrer- und Lehrerinnenausbildung" befände sich im Moment in einer Arbeitsphase, so dachte ich zumindest in einer der letzten Plenarsitzungen, als wir einen SPD-Antrag beschlossen. Sie befindet sich auch in dieser Arbeitsphase. Wir haben einen Vorschlag des Ministeriums vorgelegt bekommen, sowohl im Ausschuss als auch im Plenum. Wir befinden uns in der Diskussion mit allen Beteiligten, die für Schule und für Lehrer- und Lehrerinnenausbildung zuständig sind, um an diesem Vorschlag des Ministeriums zu arbeiten.

Es ist sicherlich kein verwunderlicher Prozess. Es fällt jedem, mit dem wir sprechen, ein, an welcher Stelle eine kleine Änderung doch angemessen wäre, und jeder kann diese kleine Änderung aus seiner ganz interessengeleiteten Sicht begründen.

Das ist legitim, richtig und gut so; denn wir wollen mit allen an Lehrer- und Lehrerinnenausbildung Beteiligten, den tatsächlich besten Weg ausloten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Insofern finde ich die Diskussion, die die GRÜNEN zu einer ganz erstaunlichen Formulierung einer Aktuellen Stunde gebracht hat, dass nämlich ein Alternativvorschlag in einem kleinen Punkt eine Verhinderung sein würde, eine etwas erstaunliche Diskussion. Wenn das immer so wäre, dann gäbe es wirklich so gut wie keinen Fortschritt durch Diskussion.

Das habe ich übrigens ganz anders gelernt. Rede und Gegenrede sollten bei mir immer in den positiven Kompromiss münden. Ich denke, wir befinden uns auf diesem Weg.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einiges noch einmal betonen. Ich möchte unterstreichen, was mein Kollege Kuhn gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass das vorgelegte Konzept von Herrn Minister Zöllner – was bis jetzt im Vorschlag vorhanden ist – das bisher interessanteste ist, das in der Bundesrepublik diskutiert wird, das in sich schlüssigste und interessanteste.

(Beifall der SPD und der FDP)

Weil es so qualitativ hochwertig ist, ist auch die Diskussion an diesem so vielfältig möglich. Wäre es nur ein kleines loses Papier, wären nicht so viele Menschen interessiert, mit uns darüber zu reden. Dieses Konzept ist so hervorragend, dass wir spüren, dass die Diskussion daran interessant ist.

(Beifall der SPD und der FDP – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frei heraus!)

Dieses Konzept – das möchte ich betonen – setzt die Ziele um, die wir in unserem Antrag sowohl in der letzten Legislaturperiode als auch in dieser formuliert hatten. Es setzt sie alle so um, dass wir die Umsetzung hochinteressant finden.

Durch die Zusammenführung von Theorie und Praxis in der Hochschule ist es ein dualer Bildungsgang geworden. Es ist dadurch ein verknüpfter Studiengang geworden, dass Zentren für Lehrer- und Lehrerinnenausbildung diese Klammer institutionaliert herstellen können.

Es ist ein Bildungsgang mit einer hohen professionalisierten Ausrichtung geworden. Diejenigen, die sich in einem solchen Bildungsgang für ein Studium als Lehrerin oder Lehrer entscheiden werden, machen dies mit der Entscheidung für den Beruf der Lehrers oder der Lehrerin und mit einer fachwissenschaftlichen Orientierung zum Beispiel des Mathematikers oder des Physikers oder der Mathematikerin oder der Physikerin. Vorrangig ist aber die Entscheidung zum Lehrer und zur Lehrerin.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich glaube, wir haben aus PISA am allerersten gelernt, dies brauchen wir in der Bundesrepublik Deutschland wirklich. Wir brauchen Menschen, die in unseren Schulen mit der ganzen Leidenschaft für das Lehren, für das Beibringen und für das Vermitteln von Inhalten unterrichten. Diese Leidenschaft muss größer als die Leidenschaft für das Fach sein, mit dem sie sich beschäftigen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist außerdem ein Studiengang, der eine hohe fachwissenschaftliche Qualität garantiert, der nämlich ein Universitätsstudium in zwei Fächern vorsieht und durchstrukturiert und den Menschen, die zum Beispiel Lehrer oder Lehrerin für Mathematik oder Physik werden wollen, ein gutes fachwissenschaftliches mathematisches und physikalisches Studium zusichert und garantiert.

Der Vorschlag ist auch noch ein konsekutiver Studiengang, der für die jungen Menschen in meinen Augen einen ganz großen Vorteil bringt. In Zeiten von Standardsicherung und Evaluierung sind wir uns einig, dass wir Leistung prüfen wollen. Ob wir sie mit einer Zwischenprüfung oder einem Bachelor prüfen, ändert für denjenigen, der sich in eine Prüfungssituation hineinbegibt, zunächst einmal nichts. Er wird geprüft und muss Leistung nachweisen. Am Ende dieser Prüfung ist aber derjenige, der eine Bachelorprüfung durchlaufen hat, mit einem Papier versehen, das ihn qualifiziert, auch noch flexibel in einen anderen Beruf zu wechseln.

(Beifall bei SPD und FDP – Glocke des Präsidenten)

Diese Qualität haben wir uns in unserem Antrag übrigens auch gewünscht.

Meine weiteren Ausführungen folgen in der nächsten Runde.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße als Gäste im Landtag Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD aus Neuwied, ehemalige Bundeswehrangehörige aus Bad Sobernheim und die Belegschaft der Anwaltskanzlei Kroll aus Frankenthal. Seien Sie alle herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir vor Wochen im Parlament erstmals die vorliegenden Anträge zur Lehrerausbildung diskutierten, forderte ich eine starke Einbeziehung des Parlaments in diese so wichtige Debatte.

Die Presseberichte in der zweiten und dritten Septemberwoche gaben uns nun die Chance, dieses Thema erneut zu diskutieren. Ähnliche Überlegungen haben auch die GRÜNEN angestellt.

Herr Kuhn, Sie haben vollkommen Recht, wir müssen diese Frage völlig ideologiefrei behandeln und angehen.

Frau Brede-Hoffmann, auch Sie haben mit Ihrer Bemerkung Recht, dass wir uns noch in der Arbeitsphase befinden. Dann können Sie aber nicht im gleichen Atemzug von einem schlüssigen Konzept sprechen; denn die Anhörung hat ergeben, dass noch eine Reihe von Fragen offen ist, noch ganz wichtige Punkte miteinander diskutiert werden müssen und insbesondere die Beteiligten dazu noch anzuhören sind.

Meine Damen und Herren, der Plan von Minister Zöllner ist bekannt. Er sieht ein gemeinsames Grundstudium von drei Jahren für alle Lehrämter mit dem Abschluss des Bachelor und anschließend ein Masterstudium in unterschiedlicher Länge vor. Wir sind davon überzeugt, dass das falsch ist; denn in der Anhörung wurden unsere Bedenken erneut aufgezeigt und bestätigt.

Anfang September meldete sich die Fraktion der FDP zu Wort und brachte Argumente vor, die unserer Meinung nach dem Zöllner-Plan in wesentlichen Punkten widersprechen. Sie sind fast identisch mit dem, was wir im Bildungsausschuss vorgebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Aktuellen Stunde wollen wir deshalb deutlich machen, dass wesentliche Aussagen von Herrn Kuhn von uns uneingeschränkt unterstützt werden. Herr Kuhn, wir freuen uns, dass auch die FDP nach einem gewissen Nachdenken die gleiche Schlüsse wie wir aus der Anhörung gezogen hat.

Wir begrüßen es, dass die FDP-Fraktion wie wir ein einheitliches Bachelorstudium für alle Schularten ablehnt. Wir begrüßen die Forderung der FDP nach einem eigenen Studiengang für das Gymnasium. Wir begrüßen es, dass die FDP-Fraktion daran festhalten möchte, die Ausbildung von Gymnasiallehrern wie bisher eng an Magister- und Diplomstudiengängen angeglichen zu lassen.

Herr Kuhn, wir begrüßen es auch, dass die Gymnasiallehrerausbildung nur den Universitätsstandorten angeboten werden soll, an denen auch später das fällige Masterstudium möglich ist.

Wir begrüßen es außerdem, dass Sie der Meinung sind, dass auch Grundschul- und Berufsschullehrer von einem schulartübergreifenden Grundstudium abgetrennt werden, weil die Anforderungen zu unterschiedlich sind.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Übereinstimmungen zwischen FDP und CDU in wichtigen Feldern einer künftigen Reform der Lehrerausbildung.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nur keine Mehrheit!)

Meine Damen und Herren von der FDP, ich hoffe, dass Sie zu diesen Aussagen auch wirklich stehen und dies nicht vordergründiges Wahlspektakel war. Ich sage dies bewußt, weil wir im Ausschuss anderes in Bezug auf ein Interview erlebt haben, das Sie dem Philologenverband gegeben haben. Meine Damen und Herren von der FDP, Sie werden daran gemessen, was Sie innerhalb der Koalition davon auch umsetzen können.

Die GRÜNEN haben in diesem Punkt ganz andere Vorstellungen. Wie wir wissen, wollen Sie den Einheitslehrer genauso wie gewichtige Teile der SPD. Dies wird von uns entschieden abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Meinung, dass es in erster Linie darum geht, eine Reform des Lehramtsstudiums in den Inhalten und weniger in den Strukturen anzugehen. Herr Minister Zöllner, in diesem Punkt sind wir auch anderer Meinung als Sie.

Strukturelle Gesichtspunkte dürfen nicht der entscheidende Punkt bei dieser Reform sein, vielmehr inhaltliche. Entscheidend ist für uns, die Qualität der Lehrerausbildung zu verbessern. Darum geht es. Deshalb müssen wir Überlegungen anstellen, wo die Mängel, die die Analyse zeigt, aufgegriffen und aufgearbeitet werden können. Ich glaube, dass dies innerhalb des Systems möglich ist. Innerhalb des Systems kann man die Dinge verbessern, wie beispielsweise mehr Methodik- und Didaktikkenntnisse, pädagogische Kenntnisse der Lehrer oder entsprechende Diagnosefähigkeiten.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich möchte noch einen Satz anfügen. Ich stimme Herrn Professor Landfried, dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, zu, wenn er darauf verweist, dass notwendige Reformen erstens die Professionalität des Lehrerberufs, zweitens eine stärkere Berufsfeldorientierung, drittens eine Verzahnung des Lehramtsstudiums und der Referendarzeit beinhalten müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Allzeit und nicht nur in Wahltagen wird in dieser Bundesrepublik Deutschland der Reformstau beklagt. Wer allerdings glaubt, dass Reformen, die tatsächlich so auch genannt werden können, realisierbar sind, ohne dass es an einer anderen Stelle Probleme gibt, der irrt. Probleme wird es immer geben. Es geht darum, ob der Fortschritt und der Gewinn unter dem Strich größer sind als möglicherweise zusätzliche Probleme, die man sich bei solchen Maßnahmen letzten Endes auch mit auflädt. Dies ist auch bei der Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung so, wenn sie eine Reform sein will.

(Beifall bei SPD und FDP – Lelle, CDU: Reform um der Reform willen oder um der Qualität willen?)

Deswegen möchte ich über Probleme sprechen, möglicherweise für Sie überraschend. Herr Lelle, es gibt dabei mehrere Probleme.

(Lelle, CDU: Das wissen wir!)

Es ist zunächst einmal zu berücksichtigen, dass sich die Ausbildung der berufsbildenden Schule von der allgemein bildenden Schule in einigen charakteristischen Punkten unterscheidet, eingedenk der Tatsache, dass wir eine Ungleichgewichtung der Fächer und einen Studiengang haben, der als einziger automatisch als universitärer Studiengang mit dem Ersten Staatsexamen abschließt, nämlich Diplomhandelslehrer, und eingedenk der Tatsache, dass wir in den berufsbildenden Fächern berufsbezogen in der Größenordnung von fast 80 % über die Fachhochschule ausbilden.

Meine Damen und Herren, deswegen kann es Probleme bereiten, diesen Bereich in dieses Modell einzubauen. Ich war der Meinung, es wird ernste Probleme geben. Die Diskussion mit den Betroffenen führt dazu, dass die Betroffenen meinen, wenn man die Spezifika berücksichtigt, dass der Gewinn im neuen Modell um Größenordnungen größer ist, als wenn man den berufsbildenden Bereich heraus lassen würde. Das ist eine Problemlösung.

Es gibt andere Probleme, die ich sehe. Wenn wir es machen, müssen für alle Schularten Kerncurricula erstellt werden. Die Lehrpläne müssen umgestaltet werden. Man muss sich ernsthaft damit beschäftigen, wie dieses Problem vor allen Dingen für die Hochschulen bewältigbar ist. Nur wenn man das Gefühl hat, dass es geht, wird man sich für ein solches Modell entscheiden können.

Ich will noch ein drittes Problem aufzeigen. Es ist nicht selbstverständlich, dass der vorgeschlagene Weg im Grundschulbereich der einzig zielführende ist. Man muss sehr wohl darüber reden, ob die Sonderstellung der Grundschulpädagogik nicht für diesen Bereich eine Sonderlösung erfordert, die aber auch keinen Systembruch darstellen würde. Jetzt komme ich zu dem entscheidenden Punkt. Bei diesem Modell bzw. diesem Vorschlag gibt es das Problem, dass man die Durchlässigkeit für die Studierenden der Lehrämter auch in den fachwissenschaftlichen Studiengängen gewährleisten muss. Es gibt zum zweiten eine Anzahl junger Menschen, die bei ihrem Eintritt in die Universität primär nicht gleich Lehrerinnen oder Lehrer werden wollen, sondern sich für ein Fach interessieren, ein zweites Fach dazu studieren, um sich die Option einer Lehrerausbildung offenzuhalten. Danach können sie sich dafür entscheiden. Es ist ohne Zweifel so, dass diese letzte Konstellation im Gymnasialbereich im Vergleich zu anderen Schularten am häufigsten auftritt. Man muss sich diesem Problem stellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu der Beantwortung der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen, um die es geht. Ich rufe ins Gedächtnis zurück: Der von mir gemachte Vorschlag hat eine hierarchische Abfolge der Bedeutung. Das Erste ist, dass wir die Probleme nur dual lösen können. Sie müssen in Lehrerbildungszentren umgesetzt werden mit gleichzeitiger Verantwortung derjenigen, die aus dem Schulbereich kommen, und derjenigen, die aus dem universitären Bereich kommen.

Die zweite Hierarchiestufe der Problembewältigung ist folgende: Man muss sich darüber klar sein, dass der Lehrerberuf komplizierter und schwieriger ist als der des Wissenschaftlers. Wir haben nur eine Chance für die Zukunft der Schule, wenn wir von vornherein klar machen, dass es zusätzlicher Qualifikationen bedarf, um erfolgreich Lehrerin oder Lehrer zu sein. Umgesetzt wird das in einem verbindlichen Anteil an Bildungswissenschaften und einem verbindlichen Anteil an Fachdidaktik. Das Ganze darf nicht in der Unverbindlichkeit von Willenserklärungen geschehen, sondern muss in Kerncurricula fixiert werden. Diese sind trotz ihrer Autonomie für die Hochschulen verbindlich.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur dritten Hierarchieebene innerhalb dieser Vorschläge. Man muss das vernünftigerweise so organisieren, dass zwischen den Schularten ein hohes Maß an Durchlässigkeit gewährleistet ist. Das gilt letzten Endes auch für Studiengänge, die mit der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung nichts zu tun haben. Dieses soll durch Modularisierung organisiert werden. Das ist völlig unbestritten. Das soll in dem zukunftsträchtigen Modell eines konsekutiven Studienganges, Bachelor und Master, gemacht werden.

Ich habe Ihnen am Anfang beispielhaft die anderen Probleme aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund gehe ich davon aus, dass man sich unter den von den beteiligten beiden Regierungsfraktionen geäußerten Prämissen über die Grundsätze einig ist. Über diese Grundsätze streiten wir nicht. Wir werden für das Teilproblem der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an Gymnasien eine

Lösung finden, die das Unverzichtbare und das Gemeinsame der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung betont und den Spezialbedingungen Rechnung trägt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wiechmann das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe kurz auf die Beiträge von Herrn Kuhn und Frau Brede-Hoffmann ein, die den Titel der Aktuellen Stunde angesprochen haben. Ich möchte noch einmal klarstellen, unsere Aktuelle Stunde heißt, eine Reform nicht zu verhindern. Ist das nicht ein allgemeines Ziel von uns allen?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Nur wenn Sie diese Reform verhindern wollen, ist diese Aktuelle Stunde wertend. Wir haben sie nicht wertend gemeint. Herr Kuhn, Sie haben sich ertappt gefühlt.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Als Blockierer! – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Meine Damen und Herren! Vor einer endgültigen Festlegung zur Gestaltung der Strukturen einer zukunftsfähigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung muss mit allen Betroffenen gemeinsam ein Leitbild für den Beruf der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer, welches als Leitlinie für die inhaltliche und strukturelle Ausgestaltung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in allen ihren Phasen gelten soll, entwickelt werden.

Um die Akteure an allen Schulen, in den Studienseminaren und an den Hochschulen für eine Reform der Lehrerinnenausbildung zu motivieren, müssen moderne hstrumente wie Leitbilder und Zielvereinbarungen und danach die dazugehörigen Strukturen zu ihrer Durchsetzung geschaffen werden. Für uns GRÜNE steht eine Sache fest, der Grundsatz muss lauten, die Strukturen sind den Inhalten anzupassen und nicht umgekehrt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lelle, CDU: Die Strukturen müssen die Qualität verbessern, das ist die Frage!)

– Es geht uns erstmals und primär um Inhalte.

(Dr. Schmitz, FDP: Und nicht um Qualität!)

- Herr Dr. Schmitz.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Ahnung hat er! – Zuruf des Abg. Kuhn, FDP) - Hören Sie mir doch einmal zu. Ich wollte das ausführen

(Dr. Schmitz, FDP: Ihr Kollege Dr. Braun stört selbst gerade!)

 Herr Dr. Schmitz, hören Sie doch einmal zu, oder soll ich anfangen, Bundestagswahlergebnisse vorzulesen?
 Vielleicht hören Sie mir dann besser zu.

(Zurufe von der FDP)

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der zukünftigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ist ein besonderes Gewicht auf die professionellen Handlungskompetenzen der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer zu legen. Diese sollen in einem Leitbild festgelegt werden, wie ich das eben formuliert habe. Dazu gehören die Vermittlung in verbindliche Module und die festzulegende Ausgestaltung. Hier sind wir mit Herrn Minister Zöllner einer Meinung. Bei der Vermittlung bzw. bei diesen zentralen Kompetenzen müssen diese im Sinne einer erlebten Pädagogik angewandte Praxis an den Ausbildungshochschulen werden. Ich wiederhole noch einmal, dies hat Professor Dr. Arnold eindrucksvoll und eindeutig bei der Anhörung im Ausschuss erläutert.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Herr Minister und Frau Brede-Hoffmann, ich komme jetzt zum Kern der Auseinandersetzung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass gemeinsame Elemente der verschiedenen Lehrämter beispielsweise durch die geplante Modularisierung, wie es die SPD nennt, oder in der beabsichtigten Studienstruktur der konsekutiven Bachelorund Master-Studiengänge, wie es vom Ministerium vorgeschlagen wurde, auf dem Weg zu einem einheitlichen Lehramt für die Sekundarstufe I enthalten sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht ohne Genugtuung sage ich, genau in diesem Punkt kommen Sie unseren Vorstellungen eines Stufenlehrers, einer Stufenlehrerin entscheidend entgegen. Das freut mich. Herr Minister Zöllner oder Frau Brede-Hoffmann, dies ist keine kleine Änderung, sondern das ist eine grundlegende Sache und ein fundamental anderes Konzept als das, was die FDP vertritt und was Sie in Ihrem Wahlprogramm vertreten und was in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist klar und logisch, dass es sich bei Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I um Jugendliche handelt, die dieselbe Entwicklungsstufe mit zumindest ähnlichen daraus entstehenden psychologischen und soziologischen Problemlagen durchleben. Damit wird offensichtlich, dass entsprechende pädagogische, psychologische und sozialwissenschaftiche Studien in Modulen für alle späteren Lehrkräfte in der Sekundarstufe I gleich angeboten werden können.

Meine Damen und Herren, wir haben das Kind in uns erem Antrag beim Namen genannt, nämlich eine Ausbildung, die sich an den Entwicklungsstufen der Schülerinnen und Schüler, an den Schulstufen, orientiert. Genau hier ist der Knackpunkt. Herr Kollege Kuhn, dazu würde ich gern von Ihnen noch etwas hören.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kuhn, FDP: Aber gern!)

Präsident Grimm:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Lelle, zunächst einmal ist kein Widerspruch zwischen dem Vorlegen eines schlüssigen Konzepts und der Notwendigkeit einer Diskussion über dieses Konzept. Ein Rückschluss, dass über ein Konzept gesprochen wird, heißt nicht, dass das Konzept nicht in sich schlüssig sei. Insofern ist diese Diskussion, die wir führen, durchaus angebracht und auch so gewollt. Herr Kollege Lelle, was hat die CDU-Fraktion bisher konstruktiv eingebracht?

(Lelle, CDU: Eine ganze Menge!)

Sie haben beim Philologenverband abgeschrieben.

(Keller, CDU: Was?)

Abgeschrieben! Das ist belegbar. Ich kenne die Positionen doch alle.

(Jullien, CDU: Ungeheuerlich!)

 Ist das so schlimm? Sie sagen, es wäre schlimm, bei denen abzuschreiben.

(Frau Spurzem, SPD: Sie schreiben nur bei der CSU ab!)

Gut, das ist okay. Es ist in der Tat so, dass Sie außer Kosmetik nichts Neues gebracht haben und im Prinzip am alten System festhalten wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie heute hingehen und einer differenzierten Betrachtung, so wie wir sie vornehmen, inzwischen zustimmen, dann haben Sie sich wenigstens einmal in eine konstruktive Mitarbeit eingeklinkt. Herr Minister Zöllner hat deutlich gemacht, welche Möglichkeiten bestehen, in diesem System bestimmten Ansprüchen auch gerecht zu werden. Machen Sie da bitte mit. Herr Lelle, das haben Sie angedeutet. Hören Sie auf, eine Betonpolitik zu machen und starr beim alten System bleiben zu wollen. Das geht so nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind doch auf dem Stand von 92 geblieben!) Wenn Sie ein längeres Praktikum einführen wollen, ist das auch nicht genial. Das bringt die Lösung nicht.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Klinken Sie sich in das System ein, und dann diskutieren wir gern miteinander.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Wiechmann hat ständig – das habe ich nicht ganz verstanden – an der Geschichte vorbei geredet. Er hat einige Dinge gesagt, die wir alle unterstützen, und tut so, als gäbe es da einen Gegensatz. Es gibt in vielen Dingen eben keinen Gegensatz, nirgendwo auch in diesem Hause, nehme ich an. Konstruieren Sie in bestimmten Bereichen doch nicht künstlich einen Dissens.

Aber es geht auch nicht, dass Sie bestimmte Elemente jetzt ideologisch aufbauschen und in ihr Konzept einbinden wollen. Damit missinterpretieren Sie auch das Modell und den Vorschlag von Herrn Minister Zöllner.

Ich habe bisher versucht klar zu machen, dass die FDP-Fraktion ein vitales Interesse daran hat, diese Reform zum Erfolg zu führen. Ich garantiere Ihnen, dass wir sehr zeitnah in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion und dem Ministerium diese Reform präsentieren können. Es ist ein unseliges Gerücht, wenn Sie in die Welt setzen wollen, die FDP-Fraktion würde sich hier verweigern. Ganz im Gegenteil, wir empfinden uns als konstruktiven Motor, um diese Reform praktikabel, ideologiefrei und sinnvoll durchzusetzen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Motor?)

Das werden wir gemeinsam tun.

Die Berührungspunkte zu dem, was Herr Minister Zöllner gesagt hat, sind deutlich geworden. Jetzt sage ich Ihnen einige Vorschläge und Grundsätze, die aus unserer Sicht berücksichtigt werden sollten.

Meine Damen und Herren, eine positive Weiterentwicklung sollte bei der fachwissenschaftlichen Ausbildung erfolgen. Es scheint uns sinnvoll, spezifischen inhaltlichen Anforderungen – über die anderen reden wir nicht, da sind wir uns weitgehend einig – in den Schularten – Herr Minister Zöllner hat zwei überzeugend genannt, BBS und Grundschule – von Anfang an gerecht zu werden. Es ist nach unserer Einschätzung sinnvoll und möglich, die fachwissenschaftliche Qualität von Anfang an zu gewährleisten, um diesen fachwissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen. Das ist im Interesse aller Schularten: der berufsbildenden Schulen, der Gymnasien, der Realschulen, der Hauptschulen und nicht zuletzt der Grundschulen.

Meine Damen und Herren, eine Differenzierung bedeutet auf keinen Fall eine Wertung; überhaupt nicht. Sie dient gleichermaßen zukünftigen Lehrern und Schularten.

Meine Damen und Herren, kein Mensch redet von irgendwelchen Sonderwegen. Der Charme an diesem Modell ist, dass es, wenn es sinnvoll und nachvollzieh-

bar ist, eine Verbindung über Module geben wird, die gleichermaßen von allen Lehramtsstudierenden genutzt werden können - soviel wie möglich -, und es ist nicht schlecht - das sage ich auch gegen die Position des Philologenverbands -, wenn zukünftige Lehrer einmal gemeinsam in Veranstaltungen zusammen sitzen und gemeinsam ihre Ausbildung absolvieren.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich darf noch einen Satz ergänzen, dann bin ich fertig. Dieser Modifizierungsvorschlag würde auch bedeuten, dass die Findungsphase, die so wichtig ist und in diesem Modell angelegt ist, im Hinblick auf die endgültige Berufsentscheidung schon früh in der Bachelorphase beginnt und eine zielgenaue Entscheidung an ihrem Ende leichter möglich ist. Der Grundsatz ist aber, es muss Flexibilität erhalten bleiben. Es dürfen keine Türen zugeschlagen werden. Diesem Grundsatz müssen wir gemeinsam genügen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Lelle.

(Lelle, CDU: Wir wechseln!)

Viele Fachleute.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Zumindst mehrere!)

Bitte schön, Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herrn! Ich weiß nicht, ob das hochgeschätzte Publikum hier im Saal noch weiß, um was wir heute nachmittag eigentlich streiten.

(Pörksen, SPD: Das werden wir gleich von Ihnen hören!)

Sie lassen mich etwas ratlos zurück. Was wir hier erleben, das passiert uns gelegentlich vor allem im Bildungsbereich, dass die Regierungsfraktionen Modelle und Vorgaben vehement verteidigen und ihr Minister schon lange einen Schritt weiter ist. Frau Brede-Hoffmann, Herr Kuhn, das trifft heute wieder auf Sie zu, so Leid es mir tut.

(Hartloff, SPD: Sie haben es offensichtlich doch nicht begriffen!)

Er spricht von den Problemen, die mit dem Konzept zu tun haben, das er einmal vorgelegt hat, das für ihn ausgedacht worden ist. Er spricht: Ich könnte noch einige Probleme hinzufügen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen und von den Grünen, natürlich tauchen in dem, was der Minister problematisiert und was dann auch als Lösungsmöglichkeiten auftaucht, Begriffe auf, die genau in unserem Papier so schon enthalten sind.

(Beifall der CDU)

Deswegen will ich noch einmal festhalten, dass wir diese Reform so nicht brauchen, sondern wir brauchen eine Verbesserung an der vorhandenen Struktur. Das ist unsere Meinung. Da sind wir in diesem Land – das wissen Sie ganz genau, auch nach der Pressekonferenz von heute Vormittag – in der Mehrheit, sowohl in den Hochschulen als auch in den Lehrerverbänden. Sie haben selbst angesprochen, wie es auch um die berufsbildenden Schulen usw. steht.

(Hartloff, SPD: Stillstand hat Tradition!)

- Herr Kollege Hartloff, das hat mit Stillstand überhaupt nichts zu tun, sondern es geht darum, dass man nicht so tun soll, als wenn man auf einmal etwas erfinden würde, worüber andere 10 oder 15 Jahre nachdenken, und ausgerechnet wir in Rheinland-Pfalz haben dann nachher den goldenen Weg gefunden.

(Hartloff, SPD: So, wie Sie es erklärt haben!)

Das glauben Sie wohl selbst nicht.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ärgert Sie! Das kann ich mir vorstellen!)

Das ärgert uns überhaupt nicht, weil Sie in dieser Frage in der Tat keinerlei Mitstreiter mehr haben. Geben Sie das doch endlich einmal zu.

(Beifall der CDU)

Frau Brede-Hoffmann und Herr Kuhn, damit sind Ihre Worte, die Sie sich offensichtlich vor 14 Tagen schon aufgeschrieben haben, nämlich von einem qualitativ hochwertigen Entwurf, der eine breite Diskussion ermöglicht – du lieber Gott –, man könnte auch sagen, das ist eine Katastrophe, deswegen müssen sich auch noch einmal so viele Leute an der Diskussion beteiligen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Frau Kollegin, Sie verlieren den Faden!)

Herr Kuhn, auch bei Ihnen passt das natürlich wieder überhaupt nicht zu dem, was Sie, wenn Sie allein sind, offensichtlich mit den entsprechenden Leuten dann hier auch verkünden.

Meine Damen und Herrn lassen Sie mich bitte noch einen Schwenker zur Hochschulpolitik machen. Bachelor und Master sollen jetzt der Lösungsweg sein, um alle Probleme in der Republik zu lösen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Jetzt sollen auch die Schulen davon bedacht werden.

(Hartloff, SPD: Das hat kein Mensch so gesagt!)

Natürlich! Herr Kollege Hartloff, das ist SPD-Politik. Schauen Sie einmal in Ihr bildungspolitisches Programm auf Bundesebene. Da sollen Bachelor und Master flächendeckend anstatt der bisher bewährten Studiengänge in Deutschland eingeführt werden.

(Lelle, CDU: So ist es!)

Dagegen verwahren wir uns; denn es macht keinen Sinn, ein System, das 50 Jahre gut funktioniert hat und auf große Tradition zurückblicken kann, jetzt auf einmal aufzulösen.

(Zurufe der Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Im Lehrerbereich macht es überhaupt keinen Sinn, dieses System einzuführen, zumal jetzt schon die ersten Auflösungstendenzen – Grundschule, berufsbildende Schule, Gymnasium – bestehen. Dann bleibt noch die Grund- und Hauptschule, die Realschule und die Sonderschule übrig. Auch da werden wir sicher noch bestimmte Probleme finden, mit denen wir sie dann aus dem System ausklammern sollten.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Meine Damen und Herren, Bachelor und Master: Wer braucht schon in Deutschland einen Bildungswissenschaftler? – Können Sie mir das einmal erzählen. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die den Problemen in der Schule gewachsen sind und die die Aufgabe, nämlich den Kindern Bildung zu vermitteln, von der Pike auf gelernt haben.

(Beifall der CDU)

Zum Beispiel die Gymnasial- und Berufsschullehrer müssen auch die Kenntnisse haben, die sie den Kindern vermitteln sollen, und nicht nur die Methoden kennen, wie sie etwas vermitteln. Sie müssen wissen, was sie vermitteln, und zwar auf einem Niveau, dass sie später auch ihren Kindern dies in der Art und Weise vermitteln können, dass diese selbst wieder studieren und ihren Teil zu unserem gesellschaftlichen Wohlstand beitragen können.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, darauf kommt es mir an.

Sie sind sich wahrscheinlich gar nicht bewußt, was es für die Universitäten in diesem Land bedeutet, wenn sie dieses System, wie es vor 14 Tagen ausgesehen hat – ich will dies noch einmal extra betonen –, nachher umsetzen müssen. Wir haben sowieso zu wenig Geld an den Hochschulen. Wir haben zu wenig Ressourcen. Jetzt soll noch ein neues System übergestülpt werden, das diese Ressourcen und dieses Geld über die Maßen beanspruchen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben heute nichts darüber gehört, wie sich das auf die Hochschullandschaft als solche in diesem Land auswirken wird. Was wird aus Landau, was wird aus Koblenz, wenn wir für alle Lehrerstudiengänge die Studenten an die Universitäten Mainz, Koblenz, Kaiserslautern und Trier entsenden und damit vielleicht Landau, das sowieso schon genug Probleme hat, an die Wand laufen lassen?

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, es gibt eine Menge Punkte, die nicht angesprochen worden sind. Insofern gebe ich dem jungen Kollegen von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN Recht, der die Frage gestellt hat: Wie stellen Sie sich das alles vor? – Ich bin heute Mittag nicht klüger geworden.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Brede-Hoffmann.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Frau Kollegin Kohnle-Gros, wenn Sie eben verwirrt waren, dann haben Sie mich jetzt auch verwirrt. Ich hatte das Gefühl, Sie haben sich in Wirklichkeit mit Herrn Lelle auseinander gesetzt und versucht, ihm zu erklären, dass seine Grundaussage, dass die wesentlichen Faktoren des Vorschlags von Herrn Minister Zöllner, nämlich Praxisbezug und die Verknüpfung von Theorie und Praxis sowie ein Schwerpunkt im Bereich Bildungswissenschaften, Pädagogik und Fachdidaktik, eigentlich richtig und gut und ein zentraler und wichtiger Bestandteil einer neuen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sind. Sie haben versucht, ihm zu erläutern, dass das alles "Käse" wäre und es alles ganz anders sein müsste.

(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Vielleicht müssten Sie das einmal innerhalb ihrer Partei ausdiskutieren. Dann würden wir hier nicht so verwirrt. Das wäre dankenswert für uns.

(Beifall bei SPD und FDP – Kuhn, FDP: Genau das Gegenteil! Was stimmt denn jetzt?)

Ich war mir nicht darüber im Klaren, dass Sie das Bedürfnis haben, die Diskussion über die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung allgemein in eine hochschulpolitische Debatte zur Frage Bachelor und Master umzuwandeln.

Frau Kollegin, lassen Sie sich gesagt sein, dass zum Beispiel Herr Professor Landfried "höchstselbst" der Meinung ist, dass die Addition dieser Studiengangarten, dort, wo wir als Land gestalten können – das können wir zum Beispiel über das Hochschulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz –, eine ganz wünschenswerte und wichtige Ergänzung und Erweiterung ist und er einen besonderen Wert darauf legt, dass dieses hinzu kommt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Frau Kollegin, in diesem Land hat noch niemand gesagt, wir ersetzen ersatzlos alle Studiengangarten und Abschlüsse durch Bachelor und Master, sondern wir finden das eine wesentliche, im internationalen Niveau wünschenswerte und wahrscheinlich unersetzbare Neuerung in unserem Studiensystem, ohne andere Arten von Abschlüssen deswegen ersatzlos zu streichen. Deswegen verstehe ich gar nicht, gegen welche Windmühlenflügel Sie da gekämpft haben.

Sie haben das bestimmt weder von Herrn Minister Zöllner noch von Herrn Kollegen Kuhn, von mir oder von Herrn Dr. Schmidt oder jemandem sonst aus meiner Fraktion gehört.

Ich habe vorhin angesetzt zu erläutern, warum ich glaube, dass es gerade in dem Studiengang von Lehrerinnen und Lehrern ein wesentlicher Punkt sein kann, in einer konsekutiven Studienart einen Zwischenabschluss, der zertifizierend wirkt, zu erwerben: denn anders, als Sie meinen, wer Bildungswissenschaftler braucht, bin ich der Meinung, dass eine Dienstleistungsgesellschaft und eine Wissensgesellschaft auf allen Ebenen des Lebens Weiterbildner braucht, Menschen, die über pädagogische Kenntnisse und didaktische Fähigkeiten verfügen und die mit diesen Kenntnissen und Fähigkeiten und einem fachwissenschaftlichen Basisstudium sehr wohl auch an vielen anderen gesellschaftlichen Punkten lehrend tätig sein können. "Lebenslanges Lernen" heißt das schöne Stichwort. Denen wird ein Bachelor-Abschluss wahrlich mehr helfen als eine Zwischenprüfung, die andere Leute sich wünschen, die in sich gar nicht verkehrt wäre, aber eine zertifizierende Zwischenprüfung, die einen Bachelor darstellt, ermöglicht den Übergang in einen anderen Studiengang mit dem Abschluss Diplom oder Magister oder in einen anderen Master-Studiengang, der konzipiert ist.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Jetzt noch zur Frage der fachwissenschaftlichen Qualifikation im Hinblick auf verschiedene Schularten: Wir befürworten ein fachwissenschaftlich hochqualitatives Studium. Wir befürworten Module, die in Kerncurricula Basiswissen der einzelnen Fächer für alle Studierenden in diesen Fachwissenschaften für künftig alle Lehrämter vermitteln.

Frau Kollegin, im Besonderen zu Ihnen gesagt: Die Freiheit einer Universität – Sie kennen sie, ich kenne sie, wir kennen sie auch von innen – muss es auch weiterhin möglich machen und wird es auch in solchen Studiengängen weiterhin möglich machen, dass dazu die ergänzenden Module nach dem Interessensschwerpunkt des oder der Studierenden gewählt werden. Die Schwierigkeitsgrade, in die man sich hineinbegeben möchte, die Intensität der Beschäftigung mit bestimmten Teilaspekten des eigentlichen Fachs, an dem man das fachwissenschaftliche Studium macht, werden weiterhin möglich sein.

Wir werden keine verschulten Studiengänge entwickeln; denn diese sieht weder das künftige Hochschulgesetz noch der Vorschlag des Ministers vor. Es werden die entsprechenden Flexibilitäten im Studium gewahrt bleiben. Der Minister hat darauf hingewiesen, welche verschiedenartige Schwerpunktsetzungen in diesem von ihm vorgeschlagenen System enthalten sind. Ohne Frage werden wir Wert darauf legen, dass diese Flexibilität vorhanden ist, auch und im Übrigen in andere Bundesländer hinein und heraus. Das ist einer der wesentlichen Bausteine, auf die wir weiterhin Wert legen und die uns übrigens auch in allen Gesprächen immer wieder als wesentlicher Baustein genannt werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Staatsminister Professor Dr. Zöllner.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren. Nach dem Beitrag der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros mache ich drei Bemerkungen, um Legendenbildungen vorzubeugen.

Erstens: Ich wäre von irgendeinem Vorschlag abgerückt. – Meine Damen und Herren, ich habe nichts anderes gemacht, als ich es bei der Einbringung des Vorschlags auch gemacht habe. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Chance mit einem Schritt nach vorn auch damit verbunden ist, dass man Nebeneffekte beachten muss, und die Nebeneffekte treten auf. Ich habe aufgezeichnet, dass sich einige Probleme schon geklärt haben und andere Probleme noch geklärt werden müssen, aber das Konzept sich eher bestätigt als infrage gestellt hat.

Zweitens: Ich will der Legendenbildung vorbeugen, die Hochschulseite würde einen solchen Ansatz nicht unterstützen.

Frau Kohnle-Gros, wenn es zwei Institutionen in diesem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, gibt, die die Autorität oder die Chance haben, für die Hochschulen und die Wissenschaft zu sprechen, dann sind dies der Wissenschaftsrat und die Hochschulpräsidenten- oder Rektorenkonferenz.

Zum Ersten ist nur festzustellen, dass übrigens der einzige Reformvorschlag für die Reform der Lehrerinnenund Lehrerausbildung, der konsistent ist, vom Wissenschaftsrat ausgeht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das hätte er nicht gemacht, wenn er nicht dringendsten Reformbedarf sehen würde. Er schlägt ein Modell vor, selbstverständlich aus seiner Sicht konsekutiv, mit einem reinen Fach-Bachelor ohne jegliche pädagogische oder fachwissenschaftliche Elemente, nur einen kurzen, auf die Schularten ausgerichteten Master-Studiengang und eine Organisation in Fachbereichen für Lehrerbildung.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

also ein Modell, das ich mich nach den Äußerungen in diesem Parlament mit der Bedeutung des Lehrerberufs nicht wagen würde, in diesem Parlament auch gegenüber der CDU vorzuschlagen.

Zuweilen gibt es eine entsprechende Konferenz der Hochschulrektoren- und -präsidenten, die sich mit der Lehrerausbildung befasst hat. Ergebnis ist, dass die Diskussion eindeutig ergeben hat, dass der einzige konkrete Vorschlag, der letzten Endes auch den Vorstellungen der entsprechenden Hochschulen des Landes, der Bundesrepublik Deutschland, entspricht, der von uns vorgelegte Vorschlag ist.

Sie haben sicher die Chance, mit Herrn Landfried zu sprechen.

Drittens: Das Gerücht, dieses Land würde flächendeckend Bachelor und Master durchpeitschen im Gegensatz zu anderen, wobei Sie sich als Wahrer des Guten durch die alten Studiengänge profilieren wollen. – Frau Kohnle-Gros, sonst beziehen Sie sich doch immer auf Ihren Vorbildcharakter Baden-Württemberg. Ich weise darauf hin, dass dieser Minister ausdrücklich gesagt hat, er werde die Hochschulen des Landes nicht flächendeckend zu Bachelor und Master zwingen. Er ist aber sehr wohl der Meinung, dass das in den attraktiven Bereichen zukunftsträchtige Studiengänge sind. Deswegen sollen und können sie eingerichtet werden.

Mein geschätzter Kollege aus Baden-Württemberg hat gesagt, es werde am Ende der Legislaturperiode nur noch Master- und Bachelor-Studiengänge in Baden-Württemberg geben. Der Ansatz kommt also aus Ihrer Ecke.

(Hartloff, SPD: Welcher Partei gehört er an?)

 Ich nehme an, er gehört einer christlich orientierten Partei an.

Frau Kohnle-Gros, bei einem Punkt haben Sie allerdings Recht. Heute ist noch nicht alles zu allem gesagt worden. Ich gehe davon aus, dass das auch nicht Sinn der Aktuellen Stunde gewesen ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Kuhn, es ist mir nach Ihrem zweiten Beitrag, obwohl Sie in Ihrer ersten Rede gesagt haben, dass Sie in Ihrem zweiten Beitrag konkret erläutern würden, was Sie vorschlagen, nicht klar geworden, in welche Richtung Sie gehen.

(Zuruf der SPD)

 Ich habe sehr wohl zugehört. Daran mangelt es mir sicherlich nicht. Sie haben zwar versucht, sich von der CDU abzugrenzen, die meint, sie meine dasselbe wie Sie. Der Philologenverband meint auch, Sie meinten das Gleiche wie der Philologenverband, nämlich einen Sonderweg für die Gymnasiallehrer. Ich habe in dem, was ich öffentlich von Ihnen gehört habe, nichts zu den anderen Bereichen gehört, also von anderen Schularten, die sich bei der Anhörung zu den Anträgen der Fraktionen sowie zu dem Modell, das Herr Zöllner vorgestellt hat, skeptisch geäußert haben. Herr Professor Dr. Zöllner hat den Mut gehabt, diese zu benennen. Es waren die Sonderschulpädagogen, die gesagt haben, dass sie nicht ohne weiteres in das Modell passten. Außerdem waren es die Lehrer an den berufsbildenden Schulen und an den Gymnasien.

Aber der Philologenverband hat sich prinzipiell gegen diese Art der Reform gewandt. Bisher habe ich nur das aus Ihrem Mund gehört, aber keine Lösungsvorschläge.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es erscheint nicht besonders glaubwürdig, wenn Sie behaupten, Sie seien völlig unabhängig und interessensungebunden.

Wir dagegen sagen: Wenn es um die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung geht, die dringend notwendig ist, dann gibt es drei verschiedene Interessenlagen. An erster Stelle stehen die Interessen der Schülerinnen und Schüler. An zweiter Stelle stehen die Notwendigkeit und das Interesse, das Bildungssystem weiterzuentwickeln, weil wir in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft anderen Erfordernissen unterliegen.

Das geht auch in Ihre Richtung, Frau Kohnle-Gros. Man kann nicht so verzagt an eine Reform herangehen und hier und da ein bisschen mit einem Praktikum usw. herumdrehen. Wir müssen sehen, dass wir völlig neue Erfordernisse haben und die Grundausbildung in einem Studium mit dem kombinierbar machen müssen, was an Weiterbildung geplant ist. Das muss lebenslang geschehen, also im berufswissenschaftlichen Bereich, im fachpädagogischen Bereich, aber auch im fachwissenschaftlichen Bereich. Auch darauf muss diese Reform eine Antwort geben.

Ein drittes Interesse muss an der Qualifikation, an der Zufriedenheit und an der Verbesserung dessen bestehen, was Lehrerinnen und Lehrer lehren und lernen können. Diese drei Interessen müssen klar in dieser Reform umgesetzt werden.

Das sehen wir in den Vorschlägen, das nicht mehr schulartgebunden, sondern schulstufengebunden zu machen. Ferner muss eine Weiterbildungsphase integriert werden, und Hochschulen müssen durch Zentren für Lehrerausbildung qualifiziert werden, um strukturelle Voraussetzungen zu schaffen. Das ist doch eine gute Grundlage. Dann muss man nicht so verzagt und interessensgebunden daran herangehen, wie Sie das tun, Frau Kohnle-Gros und Herr Kuhn.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Wort zur Frage des Bedarfs nach Bildungswissenschaftlern. Ich halte diese Entwicklung für sehr erforderlich. Vor allen Dingen von Ihnen von der CDU und von der FDP wurde immer wieder beklagt, dass bestimmte Wissensbereiche in der Schule überhaupt nicht abgedeckt würden. Dann wird gefordert, dass Unternehmerinnen und Unternehmer in die Schulen gehen und über die Wirtschaft berichten sollen. Es ist etwas dran, wenn es darum geht, die Schule zu öffnen.

Dann müssen wir aber auch die Voraussetzung dafür schaffen, dass Lehrerinnen und Lehrer, die nicht mehr in diesem Bereich arbeiten wollen, andere Berufschancen haben. Sie wissen, dass das bisher ziemlich mau aussah. Wer den Beruf des Lehrers ergriffen hat, der war quasi "verdonnert", diesen Beruf bis zum Lebensende auszuüben.

Über den konsekutiven Studiengang, aber auch über die Weiterbildungsmöglichkeiten besteht die Möglichkeit, sehr viel offener zu arbeiten und damit Schule offener zu machen für diejenigen, die hineinkommen wollen, aber auch für diejenigen, die aufgrund langjähriger Unterrichtserfahrung und Unterrichtsfrustration wieder herauskommen wollen. Auch dafür muss diese Reform geeignet sein. Dann kann man nicht bei kleinen Refömchen und Veränderungen bleiben, sondern man muss mit einer großen inhaltlichen Diskussion und inhaltlichen Reform daran gehen. Darüber hinaus ist eine Reform notwendig, die die Strukturen verändert, und zwar so, dass sie die inhaltlichen Interessen abdecken können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, ich habe wie meine Kollegin Frau Brede-Hoffmann einen Dissens festgestellt. Wenn Sie Herrn Professor Dr. Zöllner attestieren, dass er sein Modell weiterentwickele und das gut sei, im gleichen Atemzug aber – das fällt Ihnen nicht schwer – deutlich machen, dass Sie starr am alten System festhalten wollen, dann bringen Sie das bitte einmal zusammen. Bringen Sie das bitte in Verbindung – so habe ich es verstanden, vielleicht aber auch falsch verstanden – mit den zum Teil konstruktiven Bemerkungen von Herrn Lelle. Sie müssen sich entscheiden. Wollen Sie beim alten bleiben? Dann leben Sie in der Steinzeit. Dann werden Sie das deutsche Bildungssystem nicht weiterentwickeln können. Entweder oder.

(Beifall bei FDP und SPD)

Frau Thomas, bitte lesen Sie nicht nur Schlagzeilen, sondern schauen Sie genauer hin. Unser Vorschlag einer notwendigerweise differenzierten fachwissenschaftlichen Ausbildung in der Bachelor-Phase gilt ratürlich für die Gymnasiallehrer, aber auch für die anderen Schularten. Herr Professor Dr. Zöllner hat vorhin

Beispiele genannt. Es ist doch klar, dass man sich dieses Anforderungsprofil genau anschauen muss. Dann suchen wir die praktikabelste Lösung. Wir wollen eine bestmögliche fachwissenschaftliche Ausbildung im dualen System, genauso wie es vorgesehen ist. Das wird auch klappen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, vom Grundsatz her denkt er in dieselbe Richtung, dass wir in der Lage sind, beiden Anforderungen gerecht zu werden.

Jetzt noch etwas zu dieser gespenstischen Bachelor-Master-Diskussion. Frau Brede-Hoffmann, klarer als Sie es gesagt haben, kann man es nicht sagen.

(Hartloff, SPD: So ist das immer!)

- Das ist absolut eindeutig und richtig.

Was schadet es denn, wenn ein junger Mensch, der nach drei Jahren nicht in diesem System bleiben will und nicht Lehrer werden will, an dieser Stelle eine erste Ausbildung abgeschlossen hat? Diese Menschen, die bewusst nicht in diesem System weiter studieren – ob es viele oder wenige sind, ist schwer vorauszusagen –, weil sie möglicherweise merken, dass sie den Anforderungen, die im Alltag der Schule auf sie zukommen, nicht gewachsen sind, haben dann noch eine Berufschance. Dann können sie unter Umständen ein anderes Studium darauf aufbauen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Sie haben eine Qualifikation erreicht, und das ist doch in Ordnung. Das Gleiche gilt für das, was Herr Minister Zöllner über die Gymnasiallehrer gesagt hat.

Er hat darauf hingewiesen, dass das gemeinsame fachwissenschaftliche Studium der Gymnasiallehrer insbesondere im neuen dualen System den großen Vorteil hat, dass derjenige schon sehr frühzeitig in die Fachwissenschaften gehen kann, der merkt, dass er für diesen Beruf möglicherweise nicht die notwendige Eignung mitbringt. Dann besteht für ihn sehr schnell die Chance, sich ausschließlich fachwissenschaftlich zu konzentrieren.

Das große Problem der Lehrerausbildung ist – das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt –, dass der point of no return viel zu früh erreicht wird. Dieser Situation wird dieses System – das ist das größte Problem, das wir haben – in besonderem Ausmaß gerecht.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Ich nehme die Gelegenheit wahr, den einen oder anderen Punkt noch einmal anzusprechen.

Herr Minister Zöllner, Sie haben selbst gesagt, dass das, was der Wissenschaftsrat vorgelegt hat, genau das Gegenteil von dem ist, was Sie für Rheinland-Pfalz entwickelt haben. Das will ich nur noch einmal unterstreichen.

(Pörksen, SPD: Das hat er nicht so gesagt! – Dr. Schmidt, SPD: Das hat er nicht gesagt!)

 Das ist aber so. Wenn Sie das nicht glauben, lassen Sie sich das von mir sagen.

In Baden-Württemberg gibt es die pädagogischen Hochschulen. Dort wird es keine Bachelor- und Masterausbildung in der Lehrerausbildung geben.

(Kuhn, FDP: Argumentieren Sie doch einmal in der Sache!)

Dann will ich noch etwas zur Verschulung sagen: Liebe Frau Brede-Hoffmann, Sie haben gesagt, es gebe keine Verschulung. Dann möchte ich einmal wissen, wie ein solcher Bachelorstudiengang "Bildungswissenschaften" aussehen wird.

Ich bin der Meinung, Sie sollten auch noch ein paar Dinge auf den Tisch legen. Im Grunde genommen treibt Sie bei dieser Debatte nicht nur die Qualität der Schule um, sondern es treibt Sie etwas anderes um, nämlich die zu lange Studiendauer, die uns auch in Rheinland-Pfalz belastet. In allen Veröffentlichungen kann man nachlesen, dass die Studiendauer noch einmal zugenommen hat und wir – das kann man in den Hochschulzeitungen der Hochschulen, die sich in diesem Land mit Lehrerausbildung beschäftigen, nachlesen – ein Qualitätsproblem bei den jungen Menschen haben, die diesen Beruf ergreifen.

Jetzt möchte ich doch noch einen Punkt zu PISA sagen. Ich weiß nicht, ob jemand genau nachgelesen hat, was zu Finnland zu diesen Fragen gesagt worden ist. Es ist offensichtlich so, dass es bei einem Vergleich nicht an der Qualität der Lehrerausbildung in diesem Land hängt, sondern dass es ein ganz anderer Punkt ist, der dort zu einem qualitativ besseren Schulsystem führt. Dort sind in der Schule nämlich viele andere Menschen tätig und nicht nur Lehrerinnen und Lehrer. Dort sind psychologisch ausgebildete, pädagogisch ausgebildete Menschen vorhanden, die sich um spezielle Probleme im Hinblick auf das leistungsschwächere und leistungshöhere Niveau, die sich um soziale Probleme der Kinder und all solche Dinge kümmern. Mir ist immer noch nicht ganz klar geworden, weshalb wir die ganze Problematik, die wir in unserem Land vor uns her tragen, auf die Lehrerinnen und Lehrer abladen und so tun, als ob unbedingt eine Reform notwendig wäre, um - jetzt komme ich wieder auf das Stichwort zurück - die Qualität des Schulsystems zu verbessern.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen und von den Grünen, ich weiß auch nicht, woher Sie den Mut nehmen, dass das, was Sie vorlegen, mit der Qualität der Schule etwas zu tun haben soll. Wo nehmen Sie die Hoffnung her, dass das dann, wenn Sie alles auf den Kopf stellen, nachher besser wird? Meine Damen und Herren, Sie können das empirisch gar nicht beweisen. Sie haben sich etwas ausgedacht, von dem die überwiegende Zahl der damit Beschäftigten im Land sagt: Das wird nichts. Das geht nicht. Das dauert zu lange. Das kostet zu viel Geld. Die Ressourcen haben wir nicht. Es gibt verwaltungsrechtliche Probleme. – Sie kommen und sagen: Das ist der Stein der Weisen. Damit lösen wir die Qualitätsprobleme in der Schule. – Ich halte das schlicht und ergreifend für eine sehr überzogene Argumentation, die mir so nicht passt.

> (Mertes, SPD: Das ist im Grund genommen schon Sozialismus! Ganz nah dran!)

Ich will auch mit einem Aspekt auf die Hochschulen im Land insgesamt lenken. Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Bachelor- und Mastergeschichte einführen, müssen Sie im Auge behalten, dass Sie den Universitäten im Land einen Schaden zufügen,

(Widerspruch bei der SPD)

weil Sie durch das, was Sie da machen, das Niveau der Universitäten absenken und sie an die Fachhochschulen heranführen. Ich frage mich, was letztlich dann aus denjenigen wird, die diesen Studiengang absolviert haben. Irgendwann stellt sich dann die Frage der Bezahlung und all diese Geschichten. Dann möchte ich einmal sehen, wie Sie sich auf diese Fragen einlassen.

Wenn Sie mir nicht glauben, lesen Sie doch einmal die VBE- und GEW-Stellungnahmen des letzten Jahres und welche Probleme genau dort in Bezug auf Bachelor und Master mit Blick auf das Beamtenverhältnis, die Bezahlung usw. aufgeführt worden sind. Dann sagen Sie uns einmal, wie Sie sich das vorstellen.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter (LPR) Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 14/1134 -

dazu:

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/1462 -

Wer dem Wahlvorschlag – Drucksache 14/1462 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall.

Ich rufe nun Punkt 6 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/1044 –
Erste Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

- Drucksache 14/1411 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf geht es vordergründig um die Verlängerung der Aussetzung der Umlageregelung. Wir wissen, dass das Bundesverfassungsgericht immer noch nicht über die seit Mai 2001 durch einstweilige Verfügung – zwischenzeitlich zweimal wiederholt und verlängert – auf Eis liegende Regelung des Altenpflegegesetzes entschieden hat. Im Hauptsacheverfahren ist die Anhörung der Beteiligten und Sachverständigen erfolgt. Eine Entscheidung könnte unter Umständen bis Ende des Jahres zu erwarten sein.

Wir sehen diesen Gesetzentwurf als eine logische Folge dieser Situation an und werden als Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Es geht dabei allerdings um mehr. Es geht um die Ausbildung in einem Beruf in der Pflege, der in den vergangenen Jahren zu einem Aufgabenbereich mit einer hohen Komplexität, zum Beispiel durch die Pflege altersverwirrter Menschen und durch zunehmende Differenzierung und Spezialisierung sowie durch weitergehende medizinische Inhalte wie Intensivpflege und Onkologie, geworden ist.

Die deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie hat die professionelle Pflege eines Menschen so beschrieben, dass das professionelle Handeln in der Pflege zum einen die Anwendung von wissenschaftlich fundiertem Wissen, zum anderen aber auch die Fähigkeit des Sinnverständnisses und Deutens dieses Handelns oder der Lebenssituation ist, Hilfebedarf erkannt werden muss, das Erkennen und Mobilisieren von Ressourcen der älteren Menschen sowie die Planung, Durchführung und Dokumentation wichtig sind. Es wird darüber diskutiert, dass das für die Bewertung einer Pflegesituation eine ganz wichtige Geschichte ist. Auch die Kommunikation mit anderen am Pflegeprozess be-

teiligten Berufsgruppen ist sehr wichtig. Das gilt auch für die Gestaltung der Pflegesituation und des Pflegealltags im Lebensraum der Betroffenen. Das kann zu Hause sein, aber auch in einer Einrichtung.

Eine professionelle Pflege – das ist mir ganz wichtig – ist also eine geplante Pflege in Abstimmung mit dem Betroffenen und seinem sozialen Umfeld. Professionelle Pflege berücksichtigt auch – das geschieht viel zu wenig – die Privatsphäre und die Entscheidungskompetenz der Betroffenen.

Hinzu kommt, dass die Konkurrenz um junge Menschen, die eine Ausbildung überhaupt absolvieren wollen, in den nächsten Jahren zunehmen wird. Also wird auch die Konkurrenz für unsere Pflegeschulen zunehmen. Ein Grund dafür ist das Sinken der Zahl der Schulabgänger und weil die Attraktivität der sozialen und pflegerischen Berufe im Moment nicht so sehr im Trend liegt.

Wir müssen die Qualität der Ausbildung nachweisen und diesen Nachweis darstellen können. Dazu müssen wir die notwendigen Rahmenbedingungen, auch die finanziellen, schaffen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn oder elf Jahren mit der im Jahr 2000 weiterentwickelten Fachschulverordnung "Altenpflege" aus dem Jahr 1991 gute Erfahrungen gemacht. Die Ausbildungsstätten in Rheinland-Pfalz haben einen anerkannt hohen fachlichen Stand.

Die Diskussion um die immer noch auf Eis liegende bundeseinheitliche Regelung, die ich bereits erwähnt habe, wurde bei uns vor allem unter dem Gesichtspunkt des Erhalts dieses hohen fachlichen Stands geführt. Das Altenpflegegesetz wird aber nur ein erster Schritt in eine notwendige Entwicklung sein. Wir werden uns mit Pflegestudiengängen an Fachhochschulen und Hochschulen und mit der Angleichung europäischer Standards beschäftigen müssen.

In diesem Zusammenhang ist die Finanzierung, die Herstellung der Rahmenbedingungen, eine ganz wichtige Sache. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Entscheidung damals für das Landesgesetz richtig war und das Aussetzen dieses Landesgesetzes dazu führt, dass wir mit der bundeseinheitlichen Regelung wieder in diese Geschichte einmünden können; denn § 25 des Bundesgesetzes sieht die Möglichkeit vor, dass Länder entsprechende Regelungen treffen.

Deshalb stimmen wir der weiteren Aussetzung zu und gehen davon aus, dass dieser Weg, den wir gemeinsam gehen, auch weiter zu einem guten Erfolg führen wird. Die Qualität der Ausbildung in der Altenpflege in Rheinland-Pfalz ist hervorragend.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das neue Gesetz schafft für die Altenpflegeschülerinnen und Altenpflegeschüler, aber auch für die Einrichtungs- und Kostenträger klare Rechtsgrundlagen, so Minister Gerster am 21. Mai 1997. Heute beschließen wir das Gesetz zum weiteren Ausschluss des Gesetzes. Das bedeutet, dass es nicht angewendet wird. Irgendwie müssen Theorie und Praxis auseinander gegangen sein; denn Herr Dröscher hat formuliert, dass eine Klage beim Bundesverfassungsgericht vorliegt, die noch nicht entschieden ist.

Genau diesen Punkt haben wir bereits im Dezember 1996 und im Frühjahr 1997 diskutiert. Ich darf noch ein Zitat von Frau Pahler (FDP) vorbringen: Alle Einrichtungen, die einen Versorgungsauftrag in Rheinland-Pfalz haben, werden zur Zahlung der Umlage verpflichtet. Dies ist konsequent und gerecht.

Genau an dem Punkt haben sich damals unsere Geister geschieden, weil wir genau das bezweifelt hatten, zumal in der damaligen Vorlage noch nicht berücksichtigt war, dass ambulante Pflegedienste ausbilden dürfen. Sie durften nur eine Umlage bezahlen, aber nicht ausbilden. Das ist nach einem Jahr oder zwei Jahren, nachdem man es gemerkt hat, verbessert worden. Dem haben wir auch zugestimmt. Die Problematik bleibt weiter vorhanden. Hätten Sie damals unserem Gesetzentwurf im Jahr 1996 zugestimmt, wären die ganzen Probleme nicht vorhanden.

(Beifall der CDU)

Wir freuen uns, dass die Ministerin gesagt hat, sie wird die Pflege mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit stellen. Auch das hatten wir 1996 bereits getan. 1999 ist Ihr Gesetz ausgesetzt worden. 1997 haben Sie über die CDU höhnisch gelacht und gesagt: Wie können Sie eine Vereinbarungslösung für die Finanzierung der Altenpflegeausbildung vorschlagen?

Meine Damen und Herren, genau seit 1999 treffen Sie die Vereinbarungslösung selbst, da Ihr Gesetz zur Zeit beim Bundesverfassungsgericht liegt. Wir können über die Fachlichkeit und die Sachlichkeit gern streiten. Vielleicht wäre es ab und zu gut, auf einen Vorschlag der CDU oder der Opposition einzugehen. Dann könnte man sich manches ersparen.

Wir werden abwarten müssen, wie es weitergeht. 1996 haben Sie gesagt, dass das Bundesgesetz für die Altenpflegeausbildung kommt. Das liegt nach wie vor noch nicht vor, weil die CSU in Bayern geklagt hat und wir noch nicht wissen, wann es endgültig zum letzten Spruch kommen wird.

Ich kann nur eines sagen: Wir müssen viel mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Pflegerinnen und Pfleger in den Altenheimen machen. Sie haben mehr Anerkennung in der Gesellschaft verdient. Ich kann jedem einmal empfehlen, 24 Stunden in ein solches Haus zu gehen und zu schauen, was diese Menschen leisten. Ihnen gehört

größter Respekt und größter Dank. Den möchte ich aussprechen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Rosenbauer, es geht um die Vereinbarungslösung, die Sie seinerzeit vorgeschlagen haben. Es geht nicht um das Umlageverfahren. Sie haben zu Recht angemerkt, dass die Entscheidung zum Umlageverfahren in Karlsruhe anhängig ist. Sie haben genauso zu Recht angemerkt - das unterstreiche ich noch einmal -, dass die Entscheidung zum Altenpflegegesetz in Karlsruhe anhängig ist. Man kann wahrlich darüber streiten, ob solch lange Rechtswege für diesen schwierigen Bereich zuträglich sind. Ich würde Ihnen zustimmen, dass dies nicht der Fall ist. Es ist schade, dass diese Wege so lange dauern und letztlich zu Lasten der Betroffenen gehen. Das ist etwas, was der rheinland-pfälzische Landtag nicht in der Hand hat.

Ob diese Umlagefinanzierung sinnvoll ist oder nicht, ist eine ordnungspolitisch spannende Frage, genau wie die gesamte Pflegeversicherungskonstruktion eine ordnungspolitisch spannende Frage ist. Es genügt nicht, einzelne Bereiche herauszuziehen und nur darüber zu diskutieren.

Ich stelle bei dieser Diskussion wieder fest, dass wir, was die Altenpflege angeht, einen erfreulichen Konsens über alle Fraktionen hinweg haben, bei dem es uns in erster Linie um die Betroffenen geht. Außerdem sind wir uns in der Einschätzung einig, dass der Umgang mit schwachen Menschen, Minderheiten und "Nutzlosen", das heißt, rein hilfsbedürftigen Menschen, der Gradmesser für den kulturellen Status einer Gesellschaft ist.

Meine Damen und Herren, in einem unterscheiden wir uns sehr von der Opposition. Das ist die Einschätzung, dass sich die Landesregierung hervorragend dieser Probleme in der Vergangenheit angenommen hat und das auch in der Gegenwart tut und in der Zukunft tun wird. Übereinstimmung gibt es in allen Fraktionen, wenn wir eine Anhörung über diesen komplexen Bereich fordern und tragen.

Meine Damen und Herren, für uns ist es klar, dass wir der Verlängerung der Regelung zur Ausbildungsvergütung zustimmen. Das ist auch in der ersten Aussprache zu diesem Thema deutlich geworden. Für uns stellt sich die Frage nach dem Gesamtbild. Wir müssen in der Pflegeversicherung einige Dinge diskutieren, die von zentraler Bedeutung sind.

Das sind für uns drei Bereiche, und zwar die Berufsattraktivität – dazu ließe sich einiges ausführen –, die

Frage der Subsidiarität – dazu müsste man einiges sagen; der Staat wird dieses Problem nicht allein lösen können – und nicht zuletzt auch die Frage der Finanzierbarkeit und der Versicherungstechnik.

Wir Liberalen sind überzeugt davon, dass wir auf Dauer vom umlagefinanzierten System in der Pflegeversicherung mehr und mehr auf ein kapitalgedecktes System übergehen müssen, um Eigenverantwortung, Freiheit, Wettbewerb und Leistung in eine neue Ballance zu bringen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich könnte nun auch noch über die Pflegeversicherung oder über die Frage sprechen, ob diese Landesregierung hervorragend ist, und wenn ja, in welchem Maß. Über das Thema "Pflege der Zukunft" haben wir in der letzten Plenarsitzung gesprochen. Heute geht es im Kern eigentlich um etwas anderes. In diesem Kern habe ich, wenn ich mich richtig erinnere, bei der ersten Beratung schon versucht, mich in Minimalismus zu üben, weil mehr nach meiner Auffassung nicht notwendig ist.

Fakt ist, wir brauchen diese Änderung. Wir brauchen sie jetzt. Das ist notwendig. Alles, was dazu zu sagen ist, ist gesagt. Häufig ist es ein Vorteil, als Letzter reden zu dürfen, weil man sehr viele Vorlagen der Kolleginnen und Kollegen nehmen kann, die vor einem geredet haben. In diesem Fall nutzt es nichts. Ich mag nicht das wiederholen, was andere bereits gesagt haben.

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Schmitz, es geht nicht um eine Änderung, sondern um eine Aussetzung eines Gesetzes, das hier beschlossen worden ist, weil es beim Bundesverfassungsgericht liegt, weil dort die Umlagefrage diskutiert wird.

(Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat es dort hingebracht?)

 Nicht die CSU. Es geht um diejenigen, die ambulante Dienste, Altenpflege betreiben, die sagen: Dieses Umlageverfahren ist nicht rechtens. – Darum geht es in diesem Gesetz.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

- Herr Dr. Schmitz, Sie müssen die Vorlagen schon richtig lesen. Hier steht klipp und klar: "Somit bestehen die Gründe, die im Jahr 1999 zu einer Aussetzung des Erstattungs- und des Umlageverfahrens für die Jahre 2000 und 2001 geführt haben, auch weiterhin unverändert fort." Es geht also nicht um eine Änderung, sondern um eine Fortschreibung der Aussetzung eines Gesetzes, das hier beschlossen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen noch kurz unser Abstimmungsverhalten erklären. Wir können dem nicht zustimmen, weil wir das Gesetz sowieso nicht für in Ordnung halten. Das haben wir von Anfang an getan. Wir können auch nicht mit Nein stimmen. Wenn wir mit Nein stimmen würden, würden wir das Umlageverfahren direkt wieder in Gang setzen. Wir werden uns also dementsprechend verhalten. Das ist die einzig richtige Maßnahme. Wir werden abwarten, was das Bundesverfassungsgericht sagt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich mache es auch kurz, da die Argumente ausgetauscht sind. Einiges muss ich allerdings noch einmal klarstellen.

Wir sind uns im Grunde in diesem Hause alle einig, dass die professionelle und menschliche Pflege gut ausgebildete Pflegekräfte braucht und auch der Bedarf an professioneller Pflege vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ansteigen wird.

Für die Landesregierung heißt das insbesondere, dass wir im Rahmen der Qualitätsoffensive "Menschen pflegen" unter anderem Maßnahmen ergreifen, um eine Steigerung der Auszubildendenzahlen zu erreichen. Eine Werbe- und Imagekampagne in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung, den Kosten- und Einrichtungsträgern, den Pflegeverbänden und den Schulen wird im November starten, um auf Berufswahlentscheidungen von Schülerinnen und Schülern Einfluss nehmen zu können.

Das heißt auch – das wurde von Herrn Abgeordneten Dröscher angesprochen –, dass wir uns auch in Zukunft in die Weiterentwicklung der Ausbildung einmischen werden. Sehr geehrter Herr Dr. Rosenbauer, es heißt ferner, dass wir die Rahmenbedingungen für eine solide Finanzierung der Ausbildungsvergütung schaffen wer-

den. Dementsprechend hat der Landtag – das haben Sie richtig zitiert – im Jahr 1997 das Landesgesetz über Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege beschlossen. Das Verwaltungsgericht Koblenz hat die Frage der Zulässigkeit des gesetzlich geregelten Umlageverfahrens dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Dort liegt es bis zum heutigen Tag. Eine abschließende Entscheidung liegt noch nicht vor.

Das Umlageverfahren wurde deshalb ausgesetzt, um finanziellen Risiken entgegenzuwirken, allerdings ersetzt durch eine Rahmenvereinbarung der Selbstverwaltung, in der ein vereinfachtes Direktabrechnungsverfahren vereinbart wurde, dass heißt, von einer Unsicherheit seitens der Auszubildenden oder der Arbeitgeber kann in keiner Weise die Rede sein.

Wegen der noch fehlenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss die Aussetzung verlängert werden. Darum geht es am heutigen Tag.

Einige Sätze zu Ihren Äußerungen, Herr Dr. Rosenbauer. Zunächst einmal bin ich immer noch der Auffassung, dass die verpflichtende Umlage der richtige Weg ist. Deshalb ist es natürlich auch sinnvoll, die Entscheidung des Verfassungsgerichts abzuwarten. Wir haben es erlebt, als die Vorlage erfolgt ist, dass auf der Basis der Freiwilligkeit gerade nicht im Sinn des Umlageverfahrens eine Vereinbarung zu treffen ist, weil diejenigen Träger in der Altenpflege, die nicht selbst ausbilden, kein Interesse haben, eine Vereinbarung zu treffen. Insofern ist schon sehr deutlich geworden, dass der Vorschlag in Ihrem damaligen Gesetzentwurf nicht zieht und wir deshalb zu einer verpflichtenden Umlage kommen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten, die jetzige Problematik beim Fachkräftemangel zeigt ganz deutlich das Problem. Das spricht eine ganz eigene Sprache. Wenn Sie sich in der Landschaft umschauen, haben diejenigen Einrichtungen, die selbst ausbilden, im Gegensatz zu den Einrichtungen, die die Ausbildung selbst nicht initiieren und sich darüber hinaus an Ausbildungen nicht beteiligen, zur Zeit keine Probleme, Fachkräfte zu requirieren. Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir eine Verantwortung für Ausbildung bei allen, die in der Altenpflege tätig sind, erreichen müssen. Das erreichen wir nur durch dieses angestrebte Umlageverfahren. Deshalb nochmals meine Bewertung dieser ganzen Situation: Es lohnt sich, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten. Ich hoffe, dass wir eine Entscheidung erhalten, wonach das Umlageverfahren rechtmäßig ist. Deshalb ist das jetzige Gesetz bzw. die Verlängerung der Aussetzung erforderlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1044 –. Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU in zweiter Lesung angenommen ist.

Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl von stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

dazu: Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags

- Drucksache 14/1441 -

Ich gehe davon aus, dass wie üblich die Vorschläge jeweils unter dem Buchstaben a die Vorschläge sind, die von den Fraktionen gemacht werden.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich bedanke mich.

Wir kommen nun zu den **Punkten 12** und **13** der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1429 – Erste Beratung

Gleichstellung behinderter Menschen – Umsetzung auf Landesebene Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/1028/1160/1201/1277 -

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Malu Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren, sehr verehrte Damen! Ich freue mich, heute den Entwurf eines Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen zur ersten Beratung im Landtag für die Landesregierung einzubringen.

Auf dem Weg zur Gleichstellung und zur gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen in der Gesellschaft ist das Landesgesetz ein weiterer Meilenstein der rheinland-pfälzischen Politik für behinderte Menschen;

(Beifall bei SPD und FDP)

denn es stellt die rechtliche Absicherung der berechtigten Erwartungen behinderter Menschen dar, das verfassungsrechtliche Benachteiligungsverbot in die gelebte gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen.

Rheinland-Pfalz ist auch das erste Bundesland, das in der Folge des Bundesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen ein vergleichbares Landesgesetz in die parlamentarische Beratung einbringt. Rheinland-Pfalz schafft damit als erstes Bundesland landesrechtliche Regelungen, die dem bundesgesetzlichen Standard entsprechen. Die Rechtsanwendung, also die Umsetzung des Gesetzes auf Bundes- und auf Landesebene wird durch diese Vereinheitlichung des Rechts erheblich erleichtert und, ich bin sicher, auch befördert.

Kernanliegen des Gesetzentwurfs ist die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Ungehinderter Zugang umfasst neben der Beseitigung von räumlichen Barrieren für Menschen, die aus verschiedenen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, auch die kontrastreiche Gestaltung der Lebensumwelt für Blinde und sehbehinderte Menschen, die Kommunikation mittels Gebärdendolmetscher und Gebärdendolmetscherinnen und über elektronische Hilfsmittel sowie die entsprechende Gestaltung öffentlicher Bescheide und Internetseiten.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte werden behinderten Menschen Instrumente an die Hand gegeben: die Beweislastumkehr bei Geltendmachung von Benachteiligungen und die Möglichkeit der Verbandsklage.

Die Arbeit des Landesbehindertenbeauftragten und des Landesbehindertenbeirats findet im Gesetz eine rechtliche Grundlage. Weiterhin wird dem Wunsch behinderter Menschen nach barrierefreier und eigenständiger Wahrnehmung des Wahlrechts entsprochen.

Die vorrangig integrative Erziehung in Kindertagesstätten und Schulen wird festgeschrieben. Prüfungsordnungen werden den besonderen Belangen behinderter Prüflinge angepasst. Darüber hinaus werden diskriminierende Formulierungen aus bestehenden Landesgesetzen entfernt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Diesem Kernanliegen entsprechend – ich habe nur einen Teil daraus zitiert – orientiert sich Artikel 1 des Gesetzentwurfs des Landesgesetzes, was Definitionen und grundlegende Ausrichtung angehen, am Bundesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen, das am 1. Mai dieses Jahres in Kraft getreten ist. Die Artikel 2 bis 74 sehen Änderungen bestehender Landesgesetze und

Landesverordnungen zugunsten behinderter Menschen vor

Bereits bei der Erarbeitung des Bundesgesetzes leistete die Landesregierung koordinierende Unterstützung. Parallel zur Mitarbeit am Bundesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen erarbeitete das Sozialministerium einen ersten Referentenentwurf, der den Entwicklungen auf Bundesebene regelmäßig angepasst wurde.

An dieser Stelle will ich aus bekannten Gründen ein paar Worte zum Zeitplan sagen. Die Grundsatzbilligung des Ministerrats erfolgte am 30. April 2002, also einen Tag vor dem In-Kraft-Treten des Bundesgesetzes. Daraufhin wurde die externe Anhörung durchgeführt, bei der zahlreiche Verbände behinderter Menschen, die kommunalen Spitzenverbände, der kommunale Rat sowie andere Stellen Gelegenheit zur Stellungnahme hatten.

Nach der Auswertung des Ergebnisses der Anhörung und abschließender Prüfung durch das Ministerium der Justiz, erfolgte am 17. September der Einbringungsbeschluss des Ministerrats. Angesichts dieser notwendigen Schritte geht der Vorwurf der Opposition, wie er in der Zeitung wieder zu lesen war, die Landesregierung hätte sich zu viel Zeit genommen, um den Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, schlicht und ergreifend ins Leere.

(Beifall der SPD und der FDP – Itzek, SPD: So ist es!)

Die Landesregierung legt mit der heutigen Einbringung, wie ich denke, zeitnah einen umfangreichen und fachlich anspruchsvollen Gesetzentwurf vor.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Herren, sehr verehrte Damen, unser Ziel ist es, mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht nur die rechtliche Situation von behinderten Menschen zu verbessern, sondern auch die gesellschaftliche Grundeinstellung positiv zu verändern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Mittelpunkt des Interesses behinderter Menschen steht die Selbstbestimmung ihrer Lebensumstände und die Beseitigung der Hindernisse, die ihrer Chancengleichheit im Leben entgegenstehen.

Während in der Vergangenheit die Behinderung als dominierendes Persönlichkeitsmerkmal herausgestellt wurde, stehen jetzt Bürgerrechte und Antidiskriminierung im Vordergrund.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es geht um Menschen, deren Bedürfnisse und Fähigkeitsstruktur die gleiche Vielfalt aufweisen wie bei Menschen ohne Behinderungen. Um das Ziel der Gleichstellung vollständig zu erreichen, müssen möglichst viele Barrieren beseitigt werden, die Menschen mit Behinderungen an der gleichen Teilhabe hindern. Wir müssen Diskriminierungen ausschließen und Ursachen für mögliche Benachteiligungen ausräumen.

Der vorliegende Gesetzentwurf unterstützt das veränderte Selbstverständnis von Menschen mit Behinderungen. Eine moderne Politik für behinderte Menschen ist darauf gerichtet, Ausgrenzung aktiv entgegenzuwirken und berufliche und soziale Integration zu fördern. Durch eine Verbesserung ihrer Rechtsstellung werden Menschen mit Behinderungen verbesserte Möglichkeiten zur Mitwirkung geboten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mit der Änderung der Landesverfassung im Jahr 2000 hat der Verfassungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz der Politik für Menschen mit Behinderungen Verfassungsrang zuerkannt. In Artikel 64 wurden die Pflichten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände verankert, behinderte Menschen vor Benachteiligungen zu schützen und auf ihre Integration und die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingungen hinzuwirken.

Das Land Rheinland-Pfalz hat zahlreiche kreative Lösungen entwickelt, um die Umsetzung des Gleichstellungsgebots in die Praxis zu ermöglichen.

Im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe und des Wohnens behinderter Menschen ist das Modellprojekt "Selbst bestimmen, Hilfe nach Maß" für behinderte Menschen zukunftsweisend.

Die Idee des persönlichen Budgets hat Eingang in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch gefunden. Sie verändert die Wirklichkeit der Eingliederungshilfe im Land Rheinland-Pfalz. Ich erinnere gern an die am 1. Januar 1999 in Kraft getretene, besonders behindertenfreundliche und bundesweit vorbildliche Landesbauordnung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Weiter wurden in Rheinland-Pfalz die Integrationsfachdienste entwickelt, die ebenso in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch aufgenommen worden sind. Darüber hinaus ist kürzlich das Landessonderprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen überarbeitet worden. Der Ausbau von Integrationsbetrieben wird ebenso weiter gefördert.

Durch diese und weitere zahlreiche zukunftsweisende Aktivitäten zeigt die Landesregierung, dass in Rheinland-Pfalz die Politik für und mit Menschen mit Behinderungen einen herausragenden Stellenwert hat. Menschen mit Behinderungen sind keine Randgruppe. In Rheinland-Pfalz leben etwa 430.000 als schwerbehindert anerkannte Menschen. Ihre Familienangehörigen und Lebenspartner sind mittelbar von der Benachteiligung dieser Personengruppe betroffen.

Darüber hinaus sollte sich jeder Bürger und jede Bürgerin bewusst sein, dass er oder sie jederzeit durch Krankheit oder Unfall von einer Behinderung betroffen sein könnte. Insbesondere die Zahl der Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen steigt in allen Industrienationen stark an.

Das Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen wird maßgeblich dazu beitragen, im Alltag dieser Personen-

gruppen Hindernisse zu beseitigen. Barrierefreiheit kommt zudem Familien mit Kleinkindern und der stetig wachsenden Zahl der Senioren und Seniorinnen zugute, die ihrerseits zurzeit 17,4 % der rheinland-pfälzischen Bevölkerung stellen. Von einer Verbesserung der baulichen und anderer Standards profitieren letztendlich alle Menschen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Befürchtungen, dass durch das Landesgleichstellungsgesetz unkontrollierbare Kosten entstehen könnten, sind unbegründet. Das zeigt das Beispiel des Americans with Disabilities Act", ADA genannt, aus dem Jahr 1990. Die rechtzeitige Berücksichtigung der Belange behinderter und anderer Menschen führt zu einer Vermeidung teurer Anpassungen im Nachhinein. Den entstehenden Kosten müssen daher immer die in der Zukunft vermiedenen Kosten fiktiv gegengerechnet werden.

(Beifall der SPD und der FDP – Itzek, SPD: So ist es!)

Insgesamt findet das Gesetz einen angemessenen Ausgleich zwischen Kostenaspekten und dem Gleichstellungsauftrag. Zahlreiche Vorschriften stehen unter einem Haushaltsvorbehalt und zielen auf eine kostengünstige Lösung ab.

Beispielsweise bedeutet die bereits genannte Barrierefreiheit von öffentlichen Bescheiden für blinde Menschen nicht unbedingt, dass alle Bescheide in Brailleschrift zu erstellen sind, sondern vielmehr, dass die Barrierefreiheit beispielsweise durch Vorlesen oder durch die Übermittlung per E-Mail in einem internetfähigen Computer erreicht werden kann.

Festzuhalten ist, dass die Verankerung der Barrierefreiheit im Landesgesetz eine weitsichtige Investition in die Zukunft ist, die den Grundsätzen der Nachhaltigkeit entspricht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen ist im Einklang mit den Verbänden der Selbsthilfe behinderter Menschen erarbeitet worden. Dadurch konnte das neue, aber inzwischen schon bewährte Prinzip "Teilhabe statt Fürsorge" weiter verfeinert werden. Der Landesbehindertenbeirat war von Anfang an mit einbezogen. Er hat wichtige Hinweise gegeben, die in das Bundesgleichstellungsgesetz sowie in den vorliegenden Gesetzentwurf einfließen konnten.

Ebenso wurde bei der externen Anhörung Wert darauf gelegt, möglichst alle interessierten Stellen und Institutionen einzubinden und deren Stellungnahmen in den Gesetzentwurf einfließen zu lassen. Insgesamt wurden fast 200 Organisationen angeschrieben und um Stellungnahme gebeten.

Das Ergebnis ist ein Gesetzentwurf, der einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen behinderter Menschen und anderen wesentlichen Interessen, insbesondere auch der Finanzierbarkeit, schafft.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Umfang des Gesetzes und die betroffenen Bereiche zeigen deutlich, dass Gleichstellung behinderter Menschen nicht nur eine sozialpolitische Aufgabe, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sind weiterhin gefordert, behinderte Menschen einzustellen, aber auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen helfen, behinderte Menschen in einen Betrieb zu integrieren.

Es reicht nicht, dass wir öffentliche Gebäude Schritt für Schritt barrierefrei gestalten. Auch Architekten und Achitektinnen müssen lernen, von Anfang an kreativ mit dem Thema "barrierefreies Bauen" umzugehen. Wir brauchen die Wirtschaft, die Verkehrsplaner, die Wohlfahrtsverbände, alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die Verantwortung für die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für behinderte Menschen übernehmen.

Ich denke, dass die Landesregierung mit dem Gesetzentwurf Regelungen vorlegt, die einerseits die rechtliche Situation der behinderten Menschen deutlich verbessern und andererseits das gesellschaftliche Bewusstsein positiv mit beeinflussen werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

In diesem Sinn würde ich mich sehr freuen, wenn der Landtag ein Signal setzen würde, indem er mit einer breiten Mehrheit den Gesetzentwurf in der zweiten Beratung annimmt und das Gesetz zu Beginn des Europäischen Jahres für behinderte Menschen in Kraft treten würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrer vom Mons-Tabor-Gymnasium Montabaur sowie Mitglieder der Liedertafel 1903 Dudenhofen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Frau Abgeordnete Thelen.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin Dreyer! Ich verstehe die Aufregung nicht so sehr, weil ich denke, dass wir bislang in der Diskussion zum Thema "Gleichstellung Behinderter" in weiten Bereichen in diesem Hause einen Konsens hatten.

(Beifall bei der CDU)

Es passt dazu, dass wir von der CDU-Fraktion 90 % Ihrer Ausführungen mit gutem Gewissen und ehrlicher Überzeugung mit unterschreiben würden. Aber Sie dür-

fen uns auch einräumen, dass wir hier und da unsere Verwunderung zum Ausdruck bringen.

Ich möchte nur kurz an den Werdegang dieses Gesetzes erinnern. Sie haben Ausführungen dazu gemacht, aber Sie haben einen kleinen Vorlauf ausgelassen, der jedoch nicht unerheblich ist und auch in gewisser Weise unsere Reaktion erklärt, was die Zeitabläufe angeht.

Wir haben bereits aufgrund der Einbringung eines Landesgesetzentwurfs durch die GRÜNEN zum Ende der letzten Legislaturperiode, das heißt, Ende des Jahres 2000, über dieses Thema diskutiert und überlegt, wie wir uns verhalten und wie wir damit umgehen. Wir waren uns darüber einig, dass es auch aufgrund der nur noch sehr kurzen zur Beratung zur Verfügung stehenden Zeit in dieser Legislaturperiode wenig Sinn machte, ein solch umfangreiches Artikelgesetz einzubringen, zumal klar war, dass auf Bundesebene ein solches Gesetz in der Entstehung war.

Auch die Landesregierung hat uns damals durch Herrn Staatssekretär Dr. Auernheimer versichert, dass man sehr zügig parallel zur Beratung des Bundesgesetzes und unmittelbar nach dessen Beschluss einen eigenen Landesgesetzentwurf vorlegen werde, was auch geschehen ist. Daran üben wir keinerlei Kritik: das konnte man gar nicht schneller machen. Uns wundert aber, dass es doch noch eine erhebliche Zeit nach Vorlage des Referentenentwurfs dauerte, bis wir letztendlich den Gesetzentwurf für die parlamentarische Beratung vorgelegt bekommen haben.

Frau Ministerin, unsere Sorge ist auch - ich hoffe, dass sie unbegründet ist-, dass dem Parlament eigentlich zu wenig Zeit zur Beratung zur Verfügung steht. Ich habe sehr aufmerksam Ihre Presseerklärungen verfolgt und habe zu meiner kleinen Beruhigung gesehen, dass Sie nicht sagen, dass das Gesetz zum 1. Januar 2003 in Kraft treten soll. Das Gesetz soll im Jahr 2003 in Kraft treten.

Auch wir sind dafür, dass das Gesetz zügig in Kraft tritt. Ich sage dies, damit es darüber keine Unklarheiten gibt. Aber Sie haben soeben sehr ausführlich geschildert, wie schwierig ein sinnvoller und notwendiger Beratungsprozess in einem Gesetz ist, das über 74 Artikel andere Gesetze verändert und damit eine Vielzahl von betroffenen Personengruppen berührt. Von daher wäre es uns auch wichtig, ausreichend Zeit für eine ordentliche Anhörung auch in dem fachlich zuständigen Ausschuss zur Verfügung zu haben.

Das werden wir in dem Maß betreiben, wie es möglich ist, das heißt, ohne schuldhaftes Verzögern. Aber ich glaube, das Parlament oder der Ausschuss muss die Möglichkeit haben, wenn auch nicht mit 200 Organisationen, wie Sie dies seitens der Landesregierung getan haben, aber doch mit den wesentlichen Organisationen, die von diesem Gesetzentwurf betroffen sind, zu sprechen und zu hören, wie ihre Positionen dazu sind.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass wir etwas erstaunt sind über das halbe Jahr, das man brauchte. Aber wir sind froh und dankbar, dass der Gesetzentwurf vorliegt. Nach unserer ersten Durchsicht enthält er auch keine wesentlichen Lücken, was Änderungen anderer Gesetze angeht. Unseres Erachtens – dabei sind wir auch noch auf die Anhörung gespannt – sind die wesentlichen Lebensbereiche, die in der Zuständigkeit der Landesægierung liegen, angesprochen. Auch die grundsätzlichen Formulierungen, die Definition des Behindertenbegriffs und die grundsätzliche Zieldefinierung sind richtig.

Die Behinderung eines Menschen macht sich nicht unbedingt an seinen körperlichen Konstitutionen fest. Sie macht sich eigentlich in der Reaktion der Gesellschaft auf diese körperliche und gesundheitliche Befindlichkeit fest. Das wird in den grundsätzlichen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs zum Ausdruck gebracht.

Wir müssen dazu beitragen – dazu ist die Diskussion über diesen Gesetzentwurf schon ein wesentlicher Schritt –, diese Benachteiligung, die eigentlich in den Köpfen beginnt, durch diese Diskussionen abzubauen und in allen Einzelbestimmungen darauf hinzuweisen, dass Benachteiligung im Grund genommen keine Zukunft hat.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Das Prinzip ist das richtige. Die Frage ist: Welche Erwartungen wecken wir bei Betroffenen, und inwieweit sind wir selbst in der Lage, diesen Erwartungen gerecht zu werden? – Es ist eben nicht nur der Landtag oder die Landesregierung, die viele Erwartungen erfüllen müssen, sondern es sind viele Behörden vor Ort, die Kommunen, die Verbandsgemeindeverwaltungen, die Stadtund Kreisverwaltungen und viele andere mehr, die zum Abbau von Barrieren beitragen müssen.

Ich bin mir sicher – dies hat auch die Anhörung gezeigt, soweit sie uns von den kommunalen Spitzenverbänden zugänglich gemacht wurde -, dass auch die kommunalen Spitzenverbände im Prinzip der Richtung und der Zielsetzung des Gesetzes zustimmen. Allerdings stellen sie fest, dass alle Mühe, alle berechtigten Anliegen und deren Umsetzung meistens nicht zum Nulltarif zu haben sein werden. Über das Thema der kommunalen Haushaltssituation haben wir schon mehr als einmal gesprochen. Im Parlament sitzen genügend Kollegen, die Verantwortung vor Ort tragen und die sich häufig fragen, ob noch Nachtragshaushaltssatzungen nötig sind, weil die Kassen vor Ort leer sind. Es wird schwer werden, das Gesetz den Erwartungen der Betroffenen entsprechend zügig umzusetzen. Es wird sicherlich hier und da länger dauern, als es uns allen vielleicht lieb ist.

Für uns stellt sich die Frage, ob im Rahmen der Anhörung nicht noch Ideen und Anregungen eingebracht werden, die vielleicht auch einfachere Möglichkeiten eröffnen, um den Anliegen, Diskriminierungen und Benachteiligungen abzubauen, gerecht zu werden. Es wird auch Diskussionen mit Betroffenen sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite geben. Das Thema haben wir in der letzten Legislaturperiode schon angesprochen, als in dem Gesetzentwurf der Grünen der Anspruch auf integrative Beschulung in Regelschulen grundgelegt werden sollte.

Für uns stellt sich immer die Frage: Wo beginnt das Recht der Schule und der Schulträger sowie das Recht nicht behinderter Kinder auf einen zügigen Unterricht?

Wo endet das Recht benachteiligter, behinderter Kinder, egal mit welchen Behinderungsformen, in einer Regelschule beschult werden zu können? Dies ist für mich sicher eine Gratwanderung. Ich bin auf die Diskussionen mit Vertretern beider Seiten gespannt. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Das Ziel des Gesetzes muss es in jedem Fall sein, in der Praxis umsetzbar und handhabbar zu sein. Nur dann wird es uns gelingen, es auch umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte am Ende noch einmal kurz auf die Äußerungen der Ministerin eingehen. Sie wissen, dass ich mich gern mit dem Thema der demographischen Entwicklung befasse, was uns im sozialpolitischen Bereich besonders betrifft. Wir wissen alle, dass Deutschland altert, was die Ministerin auch angedeutet hat. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie jetzt absehbar ist, werden wir im Jahr 2020 das älteste Volk auf dieser Erde sein. Wer weiß, welche Handikaps im Alter dazu kommen werden, von denen sich heute niemand von uns befreien und sagen kann, das wird ihn nicht treffen. Man sollte sich vielmehr bewusst sein, dass dieses Gesetz letztendlich für uns alle einmal von Vorteil sein kann, wenn die Knochen nicht mehr so wollen. Dann ist es ein guter Ansatz, die Dinge jetzt auf den Weg zu bringen.

Ich glaube, dass wir für die Entwicklung des gesellschaftlichen Miteinanders auch in einer älter gewordenen Gesellschaft einen guten Beitrag geleistet haben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rösch das Wort.

Abg. Rösch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gleichgültigkeit und fehlende Sensibilität gegenüber behinderten Menschen nehmen scheinbar in der Gesellschaft ab. Dennoch, eine Normalität, die Behinderten immer noch nicht zubilligt, was jeder von uns selbstverständlich für sich beansprucht, ist keine Normalität.

(Vizepräsident Dr. Schmidt übernimmt den Vorsitz)

Mehr als 697.000 Behinderte in unserem Land, davon 430.000 anerkannte Schwerbehinderte, aber auch die ca. 30.000 behinderten Menschen, die Eingliederungsbeihilfe nach dem BSHG erhalten, machen deutlich, Behindertenpolitik darf kein Randbereich politischen Handelns sein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Modernes und fortschrittliches Engagement für Behinderte steht daher für uns und diese Landesregierung im Zentrum der Politik.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang die Koalitionsvereinbarung zitieren. Dort steht: Die Landesregierung wird dem Landtag den Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes vorlegen. – Meine Damen und Herren, Wort gehalten, kann ich da nur sagen. Dieser Entwurf liegt nunmehr vor.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir behandeln heute in erster Lesung das Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung. Frau Thelen, damit gehört Rheinland-Pfalz übrigens zu den ersten Bundesländern, die einen eigenen Regierungsentwurf für ein Landesgesetz vorlegen. Verehrte Frau Ministerin Dreyer, dafür darf ich Ihnen namens meiner Fraktion auch an dieser Stelle sehr herzlich danken.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dieser Dank gilt in gleicher Weise unserem Behindertenbeauftragten, Staatssekretär Dr. Auernheimer, der am Zustandekommen des Bundesgesetzes maßgeblich beteiligt war.

(Beifall bei SPD und FDP)

In mehr als 70 Artikeln wurden Grundlagen geschaffen, Benachteiligungen von Behinderten zu beseitigen. Kernstück dieses Gesetzes ist die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Meine Damen und Herren, was heißt das konkret? Wir wollen, dass behinderte Menschen zu allen Lebensbereichen einen umfassenden Zugang haben und diesen Zugang auch uneingeschränkt nutzen können. Mit Barrierefreiheit ist einerseits die Beseitigung räumlicher Barrieren in öffentlichen Gebäuden, Wohnungen, Straßen oder Gehwegen gemeint. Daher sind künftig Land und Kommunen gehalten, Neubauten barrierefrei zu gestalten. Dies gilt auch für Um- und Erweiterungsbauten.

Dieser Schritt in die richtige Richtung war für Behinderte längst überfällig und notwendig. Im Übrigen kommt diese Barrierefreiheit auch älteren Menschen oder Eltern mit kleinen Kindern zugute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, barrierefrei meint aber noch sehr viel mehr. So sind Behörden künftig verpflichtet, Bescheide und Vordrucke behindertengerecht zu gestalten. Auch die Internetseite der Behörden muss für Sehbehinderte lesbar gestaltet werden. Davon werden insbesondere sehbehinderte Menschen profitieren, ein Ziel, für das ich mich im Übrigen immer wieder persönlich eingesetzt habe.

Erfreulich und, wie ich finde, längst überfällig ist die Regelung im Gesetzentwurf für hörbehinderte Menschen. Sie können künftig zum Beispiel im Verwaltungsverfahren mit allen Bundesbehörden in der Gebärdensprache kommunizieren. Die deutsche Gebärdensprache gilt übrigens nunmehr als eigenständige Sprache, die künftig als eine ebenbürtige Form der Verständigung zu respektieren ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, bereits im Sozialgesetzbuch IX war geregelt, dass ein Verband für behinderte Menschen deren Ansprüche gerichtlich geltend machen konnte. Nunmehr sind wir einen Schritt weiter. Anerkannte Verbände können direkt als Verband unabhängig von einem Einzelfall klagen. Dieses so genannte Verbandsklagerecht ist ein weiterer Fortschritt für die behinderten Menschen in uns erem Land.

Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass mit dem Gesetz eine zweijährliche Berichtspflicht der Landesregierung gegenüber dem Landtag verbunden iet

Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt, dieses Landesgesetz wird für die behinderten Menschen ein wichtiger Markstein – Frau Ministerin sprach von einem wichtigen Meilenstein – sein, weil damit ein weiterer wichtiger Schritt zur Beseitigung von Diskriminierung eingeschlagen wurde. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich und völlig daneben, wenn die CDU diesen Gesetzentwurf als schwere Geburt bezeichnet. Verehrte Frau Thelen, Ihre Presseerklärung geht völlig an der Realität vorbei.

Im Übrigen gab es auch kein Hickhack innerhalb der Landesregierung, wie Sie schreiben. Es gab allerdings ein zielstrebiges Handeln, damit die Grundlagen für behinderte Menschen in unserem Land qualitativ und schnellstmöglich verbessert werden konnten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz wird ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik eingeleitet. Selbstbestimmung statt Fürsorge ist der Grundsatz unserer Integrationspolitik. Deswegen haben wir dieses Gesetz nicht nur für behinderte Menschen, sondern vor allem auch gemeinsam mit behinderten Menschen und deren Organisationen entwickelt. Das scheint mir besonders wichtig zu sein.

Auch wenn im Regierungsentwurf noch einige Wünsche offen sind, was ich in aller Deutlichkeit sagen möchte, so gibt es doch große Zustimmung in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Verehrte Frau Thelen, wir haben im Ausschuss gemeinsam eine Anhörung beantragt, die stattfinden wird. Sie haben eben an dieser Stelle beklagt, das alles habe zu lange gedauert. Gleichzeitig sagen Sie, Sie bräuchten mehr Zeit, es könnte alles noch herausgeschoben werden. Verehrte Frau Thelen, dieser Meinung sind wir nicht.

(Beifall bei SPD und FDP – Frau Thelen, CDU: Wir brauchen nur die nötige Zeit!)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Dreyer, herzlichen Glückwunsch zunächst nicht zu diesem Gesetzentwurf, sondern zu einem fast schon genialen rhetorischen Kunstgriff, den Sie zu Anfang Ihrer Rede gebraucht haben. Die Tatsache, dass diese Landesregierung so lange Zeit benötigt hat, um diesen Gesetzentwurf vorzulegen, nun fast genial in einen Sieg zu wenden, als Erster angekommen zu sein, ist schon fast wahlabendtauglich, was Sie abgeliefert haben. Dies geht natürlich etwas an der Realität vorbei; denn andere waren früher.

Mir hat sich in der Sache nie erschlossen, weshalb man auf der Landesebene erst dann ein Gleichstellungsgsetz beraten können soll, wenn auf Bundesebene der Gesetzgebungsprozess völlig abgeschlossen ist. Das ist in der Sache nie zu begründen gewesen.

Sie müssen natürlich davon ablenken, dass ihr Koalitionspartner tatsächlich verzögert hat. Das ist mehr als eine oppositionsbedingte Vermutung. Verzögern, blokkieren und Spaß dabei, dass ist wohl ihr Motto.

(Zurufe der Abg. Kuhn und Dr. Schmitz, FDP)

Sie haben bemerkt, dass dieses Thema mit Spaßpartei nicht besonders kompatibel ist.

(Rösch, SPD: Völlig aus der Luft gegriffen!)

Nachdem wir vor einem Jahr bereits zum zweiten Mal einen Gesetzentwurf eingebracht hatten, mussten vor allen die behinderten Menschen in Rheinland-Pfalz so lange auf den Gesetzentwurf warten, weil Sie das verzögert haben.

Ich will mich damit nicht zu lange aufhalten.

Zunächst ist es gut, dass der Gesetzentwurf vorliegt, damit das Gesetzgebungsverfahren endlich weitergehen kann. Unser Augenmerk muss sich auf die Qualität dessen richten, was sie vorgelegt haben, und auf die Qualität dessen, was wir vorgelegt haben. Ich hoffe, dass wir am Ende des Gesetzgebungsverfahrens zu einem guten Ergebnis im Sinn der Betroffenen kommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden es mir nicht nur nachsehen, sondern Sie werden es verstehen, dass ich natürlich diesen Gesetzentwurf mit dem unsrigen vergleiche. Sie gehen beide in die weiteren Beratungen ein, sodass wir das natürlich auch da tun können. Wir wissen es schon lange, und hier kann ich es wieder feststellen, wir sind uns im Ziel einig, die verfassungsrechtlichen Vorgaben endlich in konkrete Gesetze umzusetzen.

Es ist richtig, dass die rotgrüne Koalition auf Bundesebene ihre Hausaufgaben gemacht hat. Nun sind wir im Land dran.

Es ist interessant, was im Vergleich zu dem, was wir vorgelegt haben, der Entwurf der Regierung an Neuem bietet. Es ist interessant, was er anders, vielleicht sogar besser löst. Das müssen wir sehen. Es ist natürlich die Frage zu stellen: Wo bleibt der Regierungsentwurf hinter dem zurück, was wir entworfen haben?

(Zuruf des Abg. Rösch, SPD)

 Ja, es geht immer wieder, immer weiter, im weiter nach vorn. Natürlich, das ist unsere Aufgabe, Treiber treiben und Blockierer wegtreiben.

(Rösch, SPD: An der Realität vorbei!)

Ja, ja.

Es ist eine begrüßenswerte Fleißarbeit, die insbesondere in dem Sozialministerium geleistet worden ist. Es wird mit dem diskriminierenden Sprachgebrauch aufgeräumt. Das ist auch wichtig zur Weiterentwicklung der Thematik. Es gibt begrüßenswerte Ergänzungen, die wir nicht hatten, zum Beispiel im Denkmalpflegebereich. Das ist in diesem Gesetzentwurf sehr schön gelöst. Vieles ist ähnlich. Ich will darauf aufmerksam machen, dass wir in der Gliederung bis in einzelne Formulierungen hinein sehr viel Bekanntes in dem Gesetzentwurf der Landesregierung im Vergleich zu unserem Entwurf gelesen haben. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass das Benachteiligungsverbot enthalten ist. Das Thema "Gleichstellung von Frauen", der Gedanke der doppelten Benachteiligung, ist enthalten. Deshalb sollte der Gesetzentwurf im Übrigen in den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung überwiesen werden. Die Anerkennung der Gebärdensprache ist im ursprünglichen Entwurf enthalten. Das ist bei der Landesregierung auch enthalten. Die Änderung der Wahlgesetze, behindertengerechte Formulare, der Verkehrsbereich, das Klagerecht der Verbände sind auch zu nennen.

Ich kann die Formulierungen wie "schrittweiser Ausbau der Internetangebote" nicht verstehen. Wie das gehen soll, muss mir jemand einmal erklären. Entweder ist eine Internetseite behindertengerecht oder nicht. Es ist weder technisch noch logisch noch sonst wie zu erklären, weshalb man das schrittweise machen muss. Das tut man. Die Homepages werden heute in sehr kurzen Zeitabständen neu gestaltet, sodass man nicht von schrittweiser Neugestaltung reden muss. Das macht man einfach. Es geht ganz schnell. Da kann man etwas mehr zugrei-

Einige der folgenden Punkte sind enttäuschend im Entwurf der Landesregierung. Der Behindertenbeirat bleibt beim Status quo. Das trägt der Arbeit des Behindertenbeirats in seiner bisherigen Form nicht Rechnung. Nach zehn Jahren engagierter Arbeit hätte er es verdient und hätte man es ihm zutrauen können, dass er mehr Eigenständigkeit und mehr Kompetenzen bekommt. Die Aufgaben des Behindertenbeirats dürfen sich nicht auf die Beratung des Behindertenbeauftragten beschränken, sondern er muss eigenständig agieren und Behörden,

Regierung, Kommunen öffentlich kritisieren können und Stellung nehmen dürfen. Das ist im Sinne einer emanzipatorischen Politik wichtig. Deshalb muss man das tun.

Es ist nicht nur enttäuschend, sondern es ist nicht sachgerecht, dass Sie gänzlich auf Regelungen für die kommunale Ebene bezüglich der Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräte verzichtet haben. Gerade auf kommunaler Ebene direkt vor Ort ist es am einfachsten und direktesten, Probleme anzusprechen, Beratungen zu suchen und sachgerechte Lösungen vorzubereiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich nicht weiter dazu äußern. Die kommunalen Spitzenverbände blockieren da; das ist unverständlich. Ich war schon in einer Kommune bei der Frage dabei, ob blindengerechte Ampeln aufgestellt werden sollen. Die Nachfrage bei den Blindenverbänden hat dazu geführt, dass die Kommune Geld gespart hat. Das geschah dadurch, dass nicht an unsinnigen Stellen solche Geräte aufgestellt wurden, sondern nur an den sinnvollen. Ich will das anmerken, um zu zeigen, dass der Sachverstand der Betroffenen zu sachgerechten Lösungen führt. Niemand sollte meinen, es würden unnötige Hemmnisse oder Kosten entstehen.

Wenn man sich anschaut, wie bestehende Einrichtungen auf freiwilliger Basis wie etwa in Mainz funktionieren und sich engagieren, dann gibt es überhaupt keinen Grund, Institute wie Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte flächendeckend in Rheinland-Pfalz in den Kommunen einzuführen. Ich muss nicht darauf hinweisen, dass selbst Edmund Stoiber in Bayern eine entsprechende Regelung als Sollvorschrift getroffen hat. Die Juristen wissen, dass "soll" eigentlich "muss" heißt.

Ein großes Versäumnis besteht nach unserer Ansicht im Bereich der Erziehung und Bildung. Hier verstehen Sie die Aufgaben des Gesetzgebers wohl in der Hauptsache im Planungsbereich, im technischen und baulichen Bereich. Das gilt weniger für den erzieherischen Bereich in der Institution selbst. Wir glauben, dass es neben diesen wichtigen Fragen natürlich einen individuellen Anspruch in allen Bildungseinrichtungen auf Integration geben muss.

Frau Thelen, ich dachte, es wäre längst nachgewiesen, dass wir keine Diskussion darüber haben, ob Behinderte in Regelschulen irgendetwas aufhalten. Wir waren in der Diskussion eigentlich schon lange so weit, dass Behinderte in Regelschulen dazu führen, dass beide Seiten im erheblichen Maß voneinander profitieren und das Lernen, gerade das soziale Lernen, Nichtbehinderten einen riesigen Fortschritt bringt, wenn Behinderte integriert werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich kann nicht auf alle Details eingehen. Wir haben noch eine intensive Beratung vor uns. Die Anhörung ist bereits angesprochen worden. Ich will Ihnen etwas zur Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss sagen. Ich gehe davon aus, dass wir bei dieser Anhörung, die gerade bei den Behinderten und ihren Verbänden großen Anklang und Interesse finden wird. — —

(Rösch, SPD: Darüber sind Sie doch froh!)

– Warum können Sie noch nicht einmal einen Halbsatz aushalten, ohne hier dazwischenzurufen.

(Rösch, SPD: Weil Sie alles in Frage stellen!)

 Ich bin doch noch gar nicht fertig. Warten Sie doch einmal ab.

Ich gehe davon aus, dass wir diese Anhörung, weil sie einen solch großen Anklang finden wird, was ich begrüße, in barrierefreien Räumen abhalten werden. Dafür sollten Gebärdendolmetscher anwesend sein. Solche Details, was keine Kleinigkeiten sind, wie behindertengerechte Toiletten, sollten in ausreichendem Maß vorhanden sein

Ich bin einmal gespannt, in welchen Räumlichkeiten wir uns bei dieser Anhörung wiederfinden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Meine Damen und Herren, ich darf Gäste im rheinlandpfälzischen Landtag begrüßen, und zwar zum Ersten die Karnevalsgesellschaft Schlotte aus Schifferstadt und zum Zweiten Damen und Herren unserer benachbarten katholischen Kirchengemeinde St. Peter vom dortigen Treffpunkt. Meine Damen und Herren, seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden leicht ertragen, wenn ich auf die spaßigen Träumereien meines Vorredners nicht näher eingehe, sondern mich darauf konzentriere, dass im Wesentlichen in den Äußerungen aller Fraktionen die unbedingte Unterstützung zum Ausdruck kommt, die man dem eingebrachten Landesgesetz zukommen lässt. Das verwundert nicht, wenn man Artikel 64 unserer Landesverfassung bedenkt, der lautet: "Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände schützen behinderte Menschen vor Benachteiligung und wirken auf ihre Integration und die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingungen hin."

Meine Damen und Herren, eines möchte ich für meine Fraktion dann doch sehr deutlich zurückweisen, dass wir in irgendeiner Form ein Hemmnis für dieses Landesgleichstellungsgesetz hätten sein wollen. Herr Marz, ich werde im Lauf meiner Rede aber noch auf Details eingehen, die auch Ihnen erläutern, wo in der Tat Unterschiede liegen. Wir sollten das aber sehr unaufgeregt tun, weil der Wahlsonntag vorbei ist.

Die Aufforderung, die dieses Landesgesetz an uns alle richtet – Frau Thelen hat darauf hingewiesen –, richtet es insbesondere an staatliche Strukturen, aber eben nicht nur. Es ist klar, dass wir Liberale wie die meisten hier im Plenum nicht Sonderrechte für behinderte Menschen fordern, sondern echte Teilhabe und Gleichberechtigung statt Fürsorge im traditionellen Sinn. Ich gehe davon aus, dass wir uns alle darüber einig sind.

Wir Liberalen wollen die Situation behinderter Menschen so verbessern, dass ihnen ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft möglich ist. Ich sage es bewusst zum zweiten Mal, ich freue mich deshalb, dass die Diskussion generell von Konsens geprägt ist. Ich freue mich, dass in der Vergangenheit über die Leistungen des Landes hinaus auch Bundesgesetze auf den Weg gebracht wurden – beispielsweise das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten, das neue SGB IX, aber auch das Behindertengleichstellungsgesetz, das mit großer Mehrheit beschlossen wurde –, die das zum Ausdruck bringen.

Das heute eingebrachte Landesgesetz bewegt sich auf dieser Ebene, unterstützt diese Positionen und zeichnet sich dadurch aus, dass es ein Gesetzeswerk mit Augenmaß ist, das nicht nur Menschen mit Behinderungen gerecht wird, sondern auch – das ist manchmal bedauerlich, aber von der pragmatischen Seite her unumgänglich – die Finanzierbarkeit ebenso wie das Lebensgefühl der nicht Behinderten berücksichtigt, die selbstverständlich bei einem solchen Gesetz mitgenommen werden müssen.

Wenn man diese Kriterien anlegt, kann man dem Gesetzeswerk in der vorliegenden Fassung hohes Lob aussprechen.

Die zentralen Punkte wurden schon genannt: Verbot von Benachteiligung und Barrierefreiheit. – Wir bewerten das positiv und stützen es rückhaltlos.

Wenn ich jetzt einige Fragen formuliere, dann möchte ich betonen, dass das meine grundsätzlich positive Einstellung dem Gesetzeswerk gegenüber in keiner Weise relativieren soll. Es ist lediglich Ausdruck von tatsächlichen Fragen, die bei erster Durchsicht noch entstanden sind und die wir im Fortgang der parlamentarischen Beratung mit Ihnen allen zusammen noch klären möchten.

Beispielsweise fragen wir uns, ob die Beweislastumkehr, so wie sie sich jetzt im Landesgesetz befindet und wie sie sich im Landesgesetz selbst relativiert, weil sie dem Antidiskriminierungsgesetz vorgreift, das in Umsetzung von EU-Richtlinien notwendigerweise bis Mitte nächsten Jahres kommen muss, sehr klug ist. Wir sollten darüber sprechen. Ich möchte keine voreilige Wertung anbringen, aber wir sollten noch einmal darüber sprechen, ob sich insbesondere unter ordnungspolitischen und juristi-

schen Bedingungen diese Vorwegnahme tatsächlich empfiehlt.

Es fällt auch auf, dass in der Terminologie dieser vielen Artikel – ich habe Verständnis dafür – vielleicht noch Angleichungen nötig sind. Wenn man es jetzt vorträgt, wirkt es wie Kleinigkeiten, aber gerade weil es so ein umfassendes Gesetzeswerk ist, ist es wichtig, auch auf die gleichartigen Definitionen und Termini zu achten. So ist beispielsweise einmal von Personen mit Kindern die Rede, in einem anderen Gesetzeswerk von Familien mit Kindern. Das sind natürlich unterschiedliche Begriffe. Dies sollte man der Klarheit zuliebe möglichst vereinheitlichen.

Herr Marz, ich möchte das aber ganz unaufgeregt auch noch einmal deutlich machen, wo wir durchaus unterschiedliche Positionen haben, die sich erfreulicherweise - angestoßen gerade von der Bundestagsfraktion der FDP - in diesem Gesetzeswerk wiederfinden. Das ist nämlich der komplizierte und schwierige Passus der Verbandsklage. Die Verbandsklage ist in diesem Gesetzeswerk gerade so definiert, dass sie Unklarheiten ausschließt und insbesondere dann den Verbänden eine Vertretungsbefugnis einräumt und ein "bevormundetes" Klagerecht schafft, wenn Klagen in eigenem Namen des Klägers nicht möglich sind und ein Fall von allgemeiner Bedeutung ist. Das sind Einschränkungen, die ganz wichtig sind, um einerseits dieses Verbandsklagerecht zu halten, andererseits aber einer Prozessflut vorzubeugen, die dann doch wieder zu Musterklagen und Zusammenfassung von Fällen führen würde. Das ist eine Vorwegnahme von Diskussionen auf Bundesebene gewesen, die sich jetzt in Rheinland-Pfalz wiederfinden. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich auch – das wurde schon gesagt – für die Ausführungen zur Barrierefreiheit, die nicht nur körperliche Barrierefreiheit betreffen, sondern auch Barrierefreiheit im übertragenen Sinn. Ich freue mich über die neuen Ansätze zur Integration.

Herr Kollege Marz, natürlich wäre es schön – auch da sind wir uns einig –, wenn man auf Knopfdruck alles sofort haben könnte. Das ist keine Frage. Aber ich habe schon darauf hingewiesen, die Dinge sind an organisatorische und durchaus auch an finanzielle Voraussetzungen geknüpft. Sie haben das Beispiel mit den Blindenampeln selbst gebracht.

Meine Damen und Herren, das leitet für mich zum Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen über. Auch hinter diesem Beirat steht die FDP. Das ist überhaupt keine Frage. Ich erlaube mir aber nichtsdestotrotz gerade jetzt in erster Lesung grundsätzlich über dieses Gesetz hinausweisend die Frage, ob wir uns nicht irgendwann einmal in Klausur begeben sollten, um nachzudenken, wie wir unser repräsentativ-parlamentarisches System und die von uns allen geforderten neuen Formen direkter Demokratie und die diversen Beiräte und die diversen Beauftragten und die diversen Verbandsbefragungen in Zukunft so zusammenführen können, dass der Vorwurf einer drohenden Lobbykratur" nicht mehr so stark oder gar nicht mehr erhoben werden kann. Das bezieht sich nicht auf den Beirat für Behin-

derte speziell, sondern ist ein Gedankengang, der meines Erachtens – ich sehe auch Nicken in anderen Parteien – auf fruchtbaren Boden stoßen könnte.

Meine Damen und Herren ich komme zum Schluss. Es kam auch schon zum Anklang, ich finde es sehr interessant, wenn man bedenkt, dass nur ca. 1 % der Kinder behindert sind, aber ca. 50 % der über 65-Jährigen. Das lässt alle die aufhorchen, die glauben, dieses Gesetz für behinderte Menschen betreffe sie nicht, sondern nur andere. Statistisch gesehen werden 51 % – 51 Abgeordnete dieses hohen Hauses – mit ihrem 65. Lebensjahr zur Gruppe der Behinderten zählen. Das zeigt deutlich, dass wir nicht nur für andere, sondern auch für uns selbst an diesem Gesetz weiterarbeiten sollten.

Danke sehr.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD – Hörter, CDU: Das ist aber kein frenetischer Beifall gewesen! – Jullien, CDU: Höflichkeitsbeifall!)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Staatsministerin Frau Dreyer hat um das Wort gebeten. Ich weise darauf hin, dass sie die Zeit bereits um drei Minuten überzogen hat. Das kann sie. Dies eröffnet allerdings den Fraktionen die Möglichkeit, sich noch einmal zu Wort zu melden.

Frau Ministerin, bitte schön.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich fasse mich kurz. Wenige Bemerkungen noch von meiner Seite.

Zunächst an Herrn Abgeordneten Marz: das erste Landesgesetz infolge des Bundesgesetzes. – Das ist korrekt. Das stimmt. Das ist das Land Rheinland-Pfalz. Sachsen-Anhalt und Berlin haben zwar ältere Landesgleichstellungsgesetze, die müssen ihre Gesetze jetzt aber an die neue bundesrechtliche Gesetzeslage anpassen. Das heißt, sobald klar war, dass es ein Bundesgesetz geben wird, hat es nur noch Sinn gemacht abzuwarten, was drin steht und dementsprechend zügig ein Landesgesetz zu entwickeln; denn es würde keinen Sinn machen, ein Landesgesetz zu verabschieden und dann wieder eine Anpassung vornehmen zu müssen. – Vielleicht so viel zu diesem Punkt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt: kein Hickhack in der Landesregierung. – Im Gegenteil, aus meiner Sicht haben wir dieses Verfahren mehr als zügig durchgeführt. Es gab eine sehr konstruktive Zusammenarbeit mit den Kollegen und den Kolleginnen. Dafür bedanke ich mich auch noch einmal ausdrücklich. Wir haben innerhalb von viereinhalb Mb-

naten inklusive der Anhörung dieses Gesetzeswerk auf den Weg gebracht. Ich denke, das ist eine sehr kurze Zeit.

An Frau Abgeordnete Thelen möchte ich mich vielleicht noch einmal kurz zum Thema "Zeitpunkt" wenden. Das würde ich gern noch einmal aufgreifen.

Natürlich will ich das Parlament nicht dahin gehend drängeln, dieses Gesetz möglichst schnell zu verabschieden. Ich denke jedoch, dass mit der heutigen Einbringung der Erwartungsdruck seitens der behinderten Menschen noch ein Stück weit größer geworden ist. Ich hoffe sehr, dass wir es in den dreieinhalb Monaten hinbekommen, das Gesetz intensiv miteinander zu erörtern, zu diskutieren, so dass gegebenenfalls ein In-Kraft-Treten zum 1. Januar möglich ist. Das wäre mein Wunsch. Es obliegt natürlich dem Parlament zu entscheiden, ob der Zeitplan entsprechend einzuhalten ist oder nicht.

Noch zum Vierten: Ich freue mich auf die inhaltliche Debatte. Ich denke, es ist ein Thema, über das sich wirklich sehr gut konstruktiv debattieren lässt. Es war heute auch wieder zu spüren. In der Tat gibt es in Rheinland-Pfalz einen großen Grundkonsens zur Behindertenpolitik. Deshalb können wir nur optimistisch der Debatte und dann auch der Verabschiedung des Gesetzes entgegensehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich frage, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der ersten Beratung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen.

Ich schlage vor, dass wir diesen Gesetzentwurf an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend –, zusätzlich an den Rechtsausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss, weil die Landesbauordnung tangiert ist, und den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung überweisen.

(Frau Thelen, CDU: Ausschuss für Bildung und Jugend wegen des Schulgesetzes und des Kindertagesstättengesetzes!)

 Es wird noch der Vorschlag unterbreitet, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung und Jugend zu überweisen.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir so verfahren und diesen Gesetzentwurf an die eben genannten Ausschüsse überweisen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir haben mit dem Gesetzentwurf gleichzeitig die Große Anfrage besprochen. Ich gehe davon aus, dass sie damit erledigt ist. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dem so.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1267 –
 Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/1417 -

In der letzten Sitzung ist die erste Beratung durchgeführt worden.

Eine Berichterstattung ist nicht notwendig. Die Fraktionen haben sich dahin gehend geeinigt, den Gesetzentwurf ohne Aussprache zur Abstimmung zu stellen. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1267 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, dass dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1267 – zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Ich danke Ihnen. Ich stelle fest, dass dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen ist.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1093 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 14/1405 -

Die Fraktionen haben sich dahin gehend geeinigt, dieses Landesgesetz ohne Aussprache zur Abstimmung zu stellen. Gibt es eine andere Auffassung? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1093 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1093 – in

der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Ich bitte jetzt um Verständnis dafür, dass wir Punkt 25 der Tagesordnung vorziehen.

Ich rufe Punkt 25 der Tagesordnung auf:

Kampagne "Qualität ist uns was wert" Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN – Entschließung –

- Drucksache 14/1047 -

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau

- Drucksache 14/1428 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von jeweils zehn Minuten verabredet.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden jetzt über das Thema – –

(Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte darum, sich noch etwas zu konzentrieren. Wir sind noch nicht am Ende, aber es ist absehbar.

Danke schön.

Frau Kiltz, bitte schön.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir reden jetzt über gutes Essen und Trinken. Ich glaube, darauf können wir uns konzentrieren.

Herr Zuber, das Thema unseres Antrags und die Überschrift lauten "Qualität ist uns was wert". Was heißt das? – Das heißt erstens, dass Qualitätslebensmittel nicht auf Billigstniveau erzeugt werden können. Es heißt zweitens, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen müssen, dass sie für gute Qualität auch etwas mehr zahlen müssen.

Wir fordern Sie mit unserem Antrag, den Sie vorliegen haben, auf, zu diesem Thema und unter diesem Titel eine Kampagne zu machen, und zwar nicht nur für ein paar Wochen oder ein paar Monate, sondern über einen längeren Zeitraum. Wir halten eine solche Kampagne für sinnvoll und vor allen Dingen für notwendig, weil wir die große Kluft zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern auf

der einen Seite und Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der anderen Seite verkleinern müssen.

Diese Kluft besteht darin, dass auf der Verbraucherseite eine große Unkenntnis darüber herrscht, welcher Aufwand und welche Kosten notwendig sind, um Qualitätslebensmittel zu erzeugen. Es gibt auch eine große Unkenntnis darüber, unter welchen Rahmenbedingungen und unter welchem Rationalisierungsdruck landwirtschaftliche Betriebe arbeiten und erzeugen müssen.

Meine Damen und Herren, es gibt zum Teil sehr ---

(Unruhe im Hause)

Es ist ein bisschen schwierig bei diesem Geraune.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Frau Kiltz, einen Moment.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Regierung, ich bitte Sie wirklich darum, der Rednerin zuzuhören.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das können Sie im Kabinett oder sonst wo bereden, aber nicht hier.

Es gibt – das ist wesentlich, das müssen wir uns alles noch einmal klarmachen – romantisierende Vorstellungen über die Landwirtschaft auf der Verbraucherseite, über ländliche Idylle und bäuerliches Wirtschaften. Das bedarf der Aufklärung.

Herr Kollege Billen lacht.

Herr Kollege Billen, ich komme jetzt zu Ihnen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich bin Bauerntochter. Ich verbinde mit Heu nicht nur schöne Gerüche und Idylle, sondern auch harte und schweißtreibende Arbeit genau wie Sie und andere.

(Beifall im Hause)

Herr Kollege, dass ist das Gegenteil von Romantisieren der Vorstellungen.

Ich komme aber jetzt zur Erzeugerseite. Wie gesagt, ich bin Bauerntochter und habe lange im landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet.

Ich gehöre zu den wenigen Verbraucherinnen, die wissen, wie viel Arbeit und Schweiß es kostet, bis ein Erzeugnis auf den Markt kommt.

Abgesehen von den Direktvermarktern wissen die Ezeugerinnen und Erzeuger schon lange nicht mehr, was die Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten nicht gezwungen waren, für den Markt zu produzieren. Das hat etwas mit der europäischen Agrarpolitik zu tun, die - wie wir alle wissen und wollen, wenn auch in unterschiedliche Richtungen - dringend der Reform bedarf. Die Erzeuger achten zum Teil beim Einkauf selbst auf die billigsten Lebensmittel und tragen damit einen Teil zur Entwertung ihres Berufsstands bei.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Erzeuger und Verbraucher wieder mehr zusammenkommen, trotz der vielen Zwischenstufen, die wir nicht abschaffen können, wie zum Beispiel die Weiterverarbeiter, den Zwischenhandel usw. Es muss möglich sein, dass das Wissen darüber, was Landwirtschaft bedeutet, in der Verbrauchergemeinde wieder besser verankert wird. Dazu müssen wir beitragen. Ferner müssen wir dazu beitragen, dass auf der Erzeugerseite das Wissen über die Verbraucherwünsche wieder mehr verankert wird und sich dies in der Art und Weise der Produktion niederschlägt.

Ich will ein Beispiel nennen. Die Ökobranche ist eine Wachstumsbranche. Wir können die steigende Nachfrage nicht befriedigen. Gleichzeitig wissen wir, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher das Vertrauen in die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte verloren haben. Wir hatten mehr als einen Skandal. Dieses Vertrauen muss nun mühsam wieder erarbeitet werden. Auch dazu kann eine solche Kampagne etwas beitragen.

Ich will noch kurz auf die Ausschussdebatte zurückkommen, in der sich Herr Staatssekretär Eymael, der heute leider nicht anwesend ist, ein Armutszeugnis ausgestellt hat.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

 Herr Schmitt, ich rede von der Regierung und ausnahmsweise nicht von Ihnen.

(Schmitt, CDU: Den verteidigen wir auch nicht!)

Herr Staatssekretär Eymael hat infrage gestellt, dass Ökolebensmittel wirklich eine andere Qualität als konventionell erzeugte Lebensmittel haben und hat mit dem Schimmelpilz gewedelt usw. Die Debatte über den Unterschied zwischen Ökolebensmitteln und konventionell erzeugten Lebensmitteln halte ich für hoch interessant. Sie müssen wir an gesonderter Stelle führen; denn dazu bedarf es in dem zuständigen Ministerium offenbar massiver Aufklärung. Wir sorgen gern dafür, dass es diese Aufklärung erhält. Bevor diese Kampagne aber startet, sollte diese Aufklärung erfolgt sein, damit der Herr Staatssekretär nicht etwas Falsches erzählt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine dauerhafte Wende im Erzeuger- und Verbraucherverhalten. Wir wissen, dass die Betonung auf "dauerhaft" liegen muss, weil wir festgestellt haben, dass in BSE-Zeiten plötzlich wieder mehr Geld für Fleisch ausgegeben wird, wenn es

überhaupt gekauft wird. Drei Monate später ist das aber schon wieder vergessen.

Uns geht es darum, langfristig Klarheit darüber zu verschaffen, dass uns gute Qualität mit der entsprechenden Kontrolle und Sicherheit etwas wert ist, weil wir es gern haben und weil es uns im Übrigen schmeckt. Dies muss uns auch im Hinblick auf unseren Geldbeutel etwas wert sein. Ich bitte sie herzlich, diesem Antrag zuzustimmen.

Die Landesregierung fordere ich auf, eine Imagekampagne auf den Weg zu bringen. Der Herr Ministerpräsident soll sich vornedran setzen, der Herr Bauckhage daneben und meinetwegen die Sozialministerin auch. Sie sollten mit dem ganzen Kabinett eine solche Imagekampagne mittragen. Das wäre gut und würde dem Berußstand, der Landwirtschaft und den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Rheinland-Pfalz sehr gut tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jullien, CDU: Das sehen wir aber anders!)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Das Wort hat Frau Kollegin Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Frau Kiltz vorhin die romantische Idylle der kleinbäuerlichen Betriebe angesprochen hat, dann passt das sehr gut. Ich möchte einen Bezug zu unseren Gästen herstellen. Auf der Besuchertribüne sitzen sehr viele Schifferstädterinnen und Schifferstädter, die diesen Wandel von den Rettichanbauern zu den Großgemüs eanbauern vor Ort live erlebt haben. Sie brauchen diese Aufklärung nicht; denn sie haben den Wandel vor Augen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Ich denke, unsere Bürgerinnen und Bürger sind insgesamt intelligent und verbraucherbewusst genug, um zu wissen, wie qualitätsbewusst sie sich selbst ernähren wollen und wozu sie gegenüber ihren Familien, Kindern und Angehörigen verpflichtet sind.

Die Überschrift "Qualität ist uns was wert" stimmt. Es steht überhaupt nicht infrage, dass dieser Landesregierung und uns Qualität etwas wert ist. In einer Ausschusssitzung hat Herr Staatssekretär Eymael berichtet, dass in den vergangenen Monaten 510 Informationsbzw. Aufklärungsveranstaltungen mit rund 28.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden haben. Deshalb kann niemand behaupten, in diesem Land passiere nichts. Diese Veranstaltungen werden von Fachleuten und von den Staatlichen Lehr-, Versuchsund Forschungsanstalten durchgeführt, die wir in uns erem Land haben, aber nicht von irgendwelchen Lobbyistinnen und Lobbyisten. Qualität ist uns also etwas wert.

Vor 14 Tagen hat in Speyer eine hervorragende und wunderschöne und meines Erachtens nachhaltige Ver-

anstaltung stattgefunden. Der Bauernmarkt in Speyer gehört zu den schönsten im Land. Ich bitte um Verständnis, dass etwas Lokalpatriotismus mit mir durchgeht. Es ist wirklich so, und das sagen auch andere Fachleute.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

 Herr Kollege Schmitt, ich lade Sie herzlich ein, im nächsten Jahr zum wunderschönen Bauernmarkt nach Speyer zu kommen.

Ich halte Veranstaltungen, die die Möglichkeit bieten, Verbraucherinnen und Verbrauchern Produkte vorzustellen, Verbraucherinnen und Verbraucher Produkte riechen und anfassen zu lassen und im Dialog mit den Erzeugerinnen und Erzeugern zu erfahren, wie so etwas entsteht und was es kostet, für die fruchtbarsten Veranstaltungen, die wir haben und die natürlich unterstützt werden.

In der nächsten Zeit werden mehrere Veranstaltungen im Land mit den Landfrauenverbänden, den Staatlichen Lehr-, Versuchs- und Forschungsanstalten und mit unserer Verbraucherschutzbeauftragten, Frau Engelhardt, stattfinden. Die Zusammenarbeit ist hervorragend.

(Billen, CDU: Na na!)

 Herr Billen, Sie können sich freuen; denn es passiert wirklich etwas.

In vielen Dörfern und Städten gibt es die Möglichkeit, den Dialog zwischen den Produzentinnen und Produzenten sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern herzustellen. Wo sonst findet man ganze Familien vom Kleinkind bis zu den Großeltern an den Ständen in die Dialoge vertieft? Ich halte das für wunderbare Einrichtungen.

Besonders gefreut hat mich, dass in Speyer dieses Mal fünf Biolandwirte gewesen sind, die man bisher nur vereinzelt gesehen hat. Auf diesem Gebiet passiert also etwas. Sie stellen sich dar. Es macht mir sehr viel Freude, das zu sehen. Es ist für uns überhaupt keine Frage, dass immer wieder darauf hingewiesen werden muss, dass eine hohe Qualität an Lebensmittelsicherheit, die auch durch eine hohe Qualität der Lebensmittelkontrollen erfolgen muss und sichergestellt werden muss, seinen Preis hat.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das spricht alles für unseren Antrag, Frau Ebli!)

 Das ist so, und dahinter stehen wir, aber nicht hinter Ihrem Antrag, weil all die Dinge, die ich aufgezählt habe, von uns unterstützt und finanziert werden. Es ist für uns überhaupt keine Frage, dass wir alles unternehmen müssen, damit die Erzeugerinnen und Erzeuger und die bäuerlichen Betriebe von ihren Produkten leben können. Das wird von uns nicht infrage gestellt – ganz im Gegenteil.

Auf der anderen Seiten warne ich vor Panikmache. Es kann nicht sein, dass alle günstigen und billigen lebensmittel verdammt werden. So weit darf unsere Fürsorge nicht gehen; denn wir reden auch sonst von der mündigen Bürgergesellschaft.

Wie viel uns Qualität wert ist, zeigen die vielfältigen Aktionen, die Einrichtungen im Landwirtschaftsministerium und die Ansiedlung des Verbraucherschutzes bei der Staatskanzlei.

Meine Damen und Herren, es hört noch lange nicht auf. Qualität bei Essen und Trinken ist aber nicht alles.

Qualitätsbewusstsein muss sich auf allen Ebenen durchsetzen.

Herr Minister Bauckhage, gerichtet an die Adresse der gesamten Landesregierung: Wir wissen, dass sich das Qualitätsbewusstsein wie ein roter Faden durch alle Ministerien zieht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Deshalb befinden wir uns in guten Händen. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen können, weil schon alles passiert, liebe Frau Kollegin Kiltz.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Reden hören wir wieder einmal, aber mir fehlt absolut der Glaube. Frau Ebli, Sie schildern, was diese Landesregierung nicht alles tut.

(Redmer, SPD: Was sie tut; nicht was sie nicht tut! – Frau Ebli, SPD: Was sie tut!)

– Ich kann Ihnen sagen, was sie tut. Sie streicht ca. 150.000 Euro – die genaue Summe kann ich derzeit nicht nennen – für die Verbraucherschutzorganisation im Land Rheinland-Pfalz. Das tut sie. Dann stellen Sie sich an dieses Pult und sagen: Wir sind für den Verbraucherschutz. Qualität ist uns was wert.

Qualität ist uns was wert. Dann haben Sie argumentiert – das hätten Sie nicht tun dürfen; denn eigentlich wollte ich friedlich sein, weil wir den Antrag ablehnen, da er falsch ist –, die Verbraucherschutzbeauftragte Engelhardt sei der Reißer in diesem Land und sie sei für qualitative Lebensmittel das Beste, was man überhaupt finden könne. Ich werfe ihr heute nicht vor, dass sie nicht da ist, weil sie nicht wissen konnte, dass der Tagesordnungspunkt vorgezogen wird. Die ca. 80.000 Euro, die Sie dafür ausgeben, dass Sie bei der Staatskanzlei eine Verbraucherschutzbeauftragte mit Stab installiert haben, streichen Sie besser und geben sie der Verbraucher-

schutzorganisation im Land Rheinland-Pfalz. Die macht dann die Arbeit.

(Beifall der CDU – Jullien, CDU: So ist es!)

Jetzt zu Ihnen, Frau Kiltz: Wenn man Ihren Antrag liest, stellt man fest, dass Sie einseitig sagen wollen, all das, was mit biologisch, ökologisch – wie man das nennt – und mit bestimmten Begriffen belegt ist, wie Demeterbauer, weise eine gute Qualität auf, und all das, was von den anderen Bauern erzeugt werde, weise keine Qualität auf.

(Creutzmann, FDP: Jawohl!)

In welchem Land leben Sie überhaupt? Ich sage Ihnen einmal, wie die Produkte der Landwirtschaft kontrolliert werden, damit Sie das einmal wissen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich weiß das!)

 Sie scheinen das aber nicht zu wissen; denn sonst würden Sie nicht in einen Antrag schreiben, dass eigentlich nur ökologische Produkte gute Produkte sind.

Wenn die Milch des Hofes Billen abgeliefert wird, wird sie alle zwei Tage untersucht und sauber kontrolliert, bevor sie verarbeitet wird. Wenn Tiere geschlachtet werden, sind mittlerweile die Untersuchungskosten für eine Kuh genauso hoch wie der Betrag, den der Bauer für die Kuh noch bekommt. Da sagen Sie, es würde nicht kontrolliert. Es wird kontrolliert!

Sie können sicher sein, die konventionelle Landwirtschaft stellt gute Produkte her. Sie sind kontrolliert, und sie sind sauber. Sie sagen dann, die anderen wären auf jeden Fall besser. Ich nenne Ihnen einmal ein ganz einfaches Beispiel: Ich habe mit meiner Schwester lange gestritten, weil sie Biogetreide für den fünffachen Preis dessen, den ich für mein Getreide bekomme, gekauft hat. Dann haben wir sowohl ein Kilo Biogetreide als auch ein Kilo Getreide vom eigenen Hof untersuchen lassen. Da ich wusste, wo der Biohof lag - dafür kann der Biobauer gar nichts -, wusste ich, dass seine Werte schlechter sein werden. Da sein Gelände an der Autobahn liegt, hatte er wesentlich höhere Bleiwerte. Er hatte auch höhere Pilzwerte. Das kann passieren. Das hätte auch bei mir passieren können. Nach der Untersuchung war auf jeden Fall das Getreide vom Hof Billen sauberer und mit weniger Schwermetallen belastet als das vom Biohof. So viel zur Wahrheit.

Frau Kiltz, dabei will ich Ihnen auch ganz deutlich sagen: Ich will den Streit zwischen ökologischen und konventionellen Bauern nicht. Lassen Sie den Markt entscheiden. Wenn morgen 10 % der Bevölkerung bereit sind, mehr Geld für ökologische Ware auszugeben, werden die Bauern die auch liefern. Lassen Sie aber den Markt entscheiden, und fangen Sie nicht mit der Ideologie nach dem Motto an, 20 % muss ökologisch erzeugt werden,

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

egal welcher Markt da ist und egal welcher Verbraucher bereit ist, das aufzunehmen. Ergebnis wird sein, dass Sie die ökologischen Bauern auch noch kaputtmachen, weil dort der Preis dann auch noch kaputtgeht.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat die anderen kaputtgemacht? Jetzt ist aber gut!)

– Frau Thomas, wer hat die anderen Bauern kaputtgemacht?

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat 16 Jahre lang regiert und die Agrarpolitik bestimmt? Das waren Ihre Landwirtschaftsminister!)

– Frau Thomas, hätten wir die 16 Jahre Kohl-Regierung noch einmal für die Landwirtschaft, dann würden die Bauern sich herzlich bedanken. Denen ging es gut, und wir hätten viel weniger Probleme.

> (Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich komme zurück zum Antrag. Die Überschrift "Qualität ist uns was wert" ist in Ordnung. Frau Kiltz, unter einem Spiegelstrich soll – ich habe Ihnen das schon im Ausschuss gesagt, aber Sie waren nicht bereit, Ihren Antrag zu ändern – der Landtag beschließen, dass die Verbraucherzentrale von Rheinland-Pfalz unter Beteiligung aller wichtigen Akteure die Organisation usw. durchführen soll. Nach meinem Kenntnisstand ist die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz selbstständig. Wenn sie selbstständig ist, wird sie sich auch nicht vom rheinlandpfälzischen Landtag sagen lassen, was sie zu tun und zu lassen hat. Insofern ist der Spiegelstrich schon einmal sachlich falsch.

(Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

- Frau Ebli, auf Ihre Bemerkung wollte ich auch noch eingehen. Sie sagen, die Offenheit und die Darstellung von bestimmten Veranstaltungen könnte nur durch staatliche Stellen – Beratungsstellen und Ähnliches, die viel erreicht haben –, aber nicht durch Lobbyisten geschehen. Wer sind die Lobbyisten? Sind das zum Beispiel die Bauern? Sind Sie der Meinung, dass es falsch ist, wenn ein Bauer seinen Hof öffnet

(Frau Ebli, SPD: Nein, nein, nein!)

und wirklich darstellt, wie produziert wird?

(Frau Ebli, SPD: Sie suchen es sich gerade heraus, wie Sie es brauchen!)

 Moment, Sie haben das so gesagt. Sie haben die Lobbyisten beschimpft und gesagt, die Darstellung sei nur dann korrekt, wenn sie nicht durch die Lobbyisten geschehe.

(Frau Ebli, SPD: Nein!)

Bleiben wir einmal bei den Lobbyisten. Wenn man aus diesem Antrag einen Nutzen ziehen kann, dann ist es die Diskussion darüber, wie wir die Landwirte dazu bekommen, dass sie ihre Höfe für den Verbraucher öffnen. Das haben wir schon versucht, und wir sollten verstärkt gemeinsam versuchen, dass mehr Verbraucher wissen, wie die Kühe im Stall gehalten werden, wie richtige Milch schmeckt – nicht die H-Milch, die man kauft – und wie sich vieles andere heute in der Landwirtschaft abspielt. Das ist "Qualität ist uns was wert". Ich bin sehr für eine Öffnung der Höfe.

Frau Kiltz, den Antrag müssen wir ablehnen, weil er zum Teil sachlich falsch ist und weil er ideologisch geprägt ist. Mit Ideologie konnte man noch nie Politik machen. Am Markt orientiert und mit den Bauern zusammen geht das besser.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag hat der zuständige Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau in seiner 11. Sitzung am 3. September 2002 eingehend beraten.

Zur Klarstellung und zum Thema selbst ist Folgendes zu sagen: Qualität ist auch der FDP-Landtagsfraktion etwas wert.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Das, was in dem Antrag der GRÜNEN zusammengefasst wurde, kann man nur als alten Wein in neuen Schläuchen bezeichnen.

(Zuruf von der CDU: In alten Schläuchen!)

 Oder in alten Schläuchen. Mir drängt sich der Eindruck auf, dass mit diesem Antrag altbekannte Vorurteile gegenüber der konventionellen Landwirtschaft aufgekocht werden sollen.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Nur so ist es zu erklären, dass schon wieder von industriellen Produktionsverfahren in der landwirtschaftlichen Erzeugung gesprochen wird. Meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; ich kann es nur noch einmal wiederholen: In Rheinland-Pfalz gibt es keine industrielle Landwirtschaft.

(Beifall des Abg. Creutzmann – Creutzmann, FDP: Jawohl!)

Es wird schon wieder der Versuch unternommen, "gute" Ökoproduktion gegen "schlechte" konventionelle Landwirtschaft auszuspielen. Gerade im Hinblick auf die im Antrag geforderte Ausrichtung der Agrarproduktion an den Erfordernissen einer nachhaltigen Landbewirtschaftung verbunden mit einer stärkeren Ökologisierung der Wirtschaftsweise insgesamt kann ich nur entgegnen, dass die seit 1991 in Rheinland-Pfalz amtierende Landesregierung bei der Implementierung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen hat.

Das Förderprogramm "Umweltschonende Landbewirtschaftung" war bundesweit das erste Programm zur Umsetzung der flankierenden Maßnahmen zur EG-Agrarreform 1992. Um die unter anderem auch im vorliegenden Antrag geforderten Ziele zu erreichen, bietet das Land Rheinland-Pfalz hierfür ein umfassendes Programm der Förderung an. Dies ist ausgewogen, ohne ideologische Scheuklappen und orientiert sich an dem Oberziel einer tier- und umweltgerechten Landwirtschaft.

(Beifall der FDP und der SPD – Hartloff, SPD: Sehr gut!)

Ausdrücklich unterstrichen wurde diese Zielsetzung nochmals im Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen FDP und SPD zum Landeshaushaltsgesetz 2002/2003 "Sicherung einer zukunftsfähigen tier- und umweltgerechten Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 14/837 –. Damit wird den Wünschen der Verbraucher nach umweltschonend und tiergerecht erzeugten Nahrungsmitteln Rechnung getragen. Um die grundsätzlich positive Einstellung der Verbraucher in heimische Produkte zu stärken, wurde im Sommer letzten Jahres vom Wirtschaftsministerium der Erzeuger-Verbraucher-Dialog ins Leben gerufen.

Hierbei wird unter anderem auf die Fachkompetenz unserer Ernährungsberaterinnen an den Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten zurückgegriffen, die mit der Verbraucherzentrale zusammenarbeiten. Ich denke, diese Zusammenarbeit kann intensiviert und verbessert werden.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu den GRÜ-NEN wird die FDP-Landtagsfraktion weiter das Leitbild des mündigen Verbrauchers verfolgen, der nach umfassender Information selbst entscheiden soll und wird, was für ihn gut und richtig ist. Richtig dürfte es allerdings auch sein, zukünftig unseren jungen Menschen mehr Nahrungsmittelkompetenz im Rahmen der Allgemeinbildung zu vermitteln. So denke ich jedenfalls. Dadurch erhielte auch die objektive Produktbewertung Vorrang vor der subjektiven, immer mehr ideologisch geprägten.

Meine Damen und Herren, die erfolgreiche Kooperation mit den Partnern in Behörden, Unternehmen, Kammern und Verbänden gilt es deshalb, wie bereits im Koalitionsvertrag formuliert, fortzusetzen und auszubauen. Grundsätzlich ist es wichtig, das Vertrauen der Verbraucher wieder zu gewinnen und zu stärken. Hierfür sind Qualitätsorientierung, Gesundheitsschutz und Umweltverträglichkeit von entscheidender Bedeutung. Das wird gerade im Bereich der Nahrungsmittelerzeugung am

besten durch eine gläserne Produktion vom Erzeuger bis zur Ladentheke erreicht.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, hier hat die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau mit dem Prüfsiegel "Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz" eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen.

(Beifall der FDP und SPD)

Innerhalb dieses Prüfsiegelprogramms bestehen klar definierte Kriterien, die von den zugelassenen Futtermitteln über die Fütterung, die Haltung der Rinder, die Schlachtung bis hin zur Ladentheke des Metzgers reichen. Damit wird dem Konsumenten hervorragende Qualität garantiert.

Meine Damen und Herren, im Übrigen bin ich sicher, dass diese Qualität zu angemessenen Preisen auf den jeweiligen Stufen der Verarbeitungskette gehandelt wird. Als Liberaler spreche ich mich gegen ein verdecktes Preisdiktat aus. Bei Anwendung der bestehenden Kontrollmöglichkeiten sind in Rheinland-Pfalz die Lebensmittelqualität, die Lebensmittelsicherheit und die Lebensmittelkontrolle auf höchstem Niveau gewährleistet.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Beispielhaft sind vom Kollegen Billen und anderen viele Produkte genannt, wie im Bereich der Milch. Es kann gar keine bessere Kontrollmöglichkeit in diesen Bereichen geben.

Frau Kiltz, ich denke, zusätzliche Verfahren und Verfahrensstrukturen führen nur zur Verwirrung und zu höheren Kosten, ohne dabei etwas Positives zu erreichen.

Als weitere Informationskampagne möchte ich an dieser Stelle, wie schon öfters, exemplarisch die Aktion "Fünf am Tag", eine Kampagne für gesunde Ernährung durch einen gesteigerten Verzehr von Obst und Gemüse, nennen. Daneben finden Sie noch diverse Veranstaltungen an den Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten, in deren Rahmen die Konsumenten auf die hervorragende Qualität unserer rheinland-pfälzischen Erzeugnisse hingewiesen werden. "Aus der Region – für die Region" sollte Leitbild für die Nahrungsmittelerzeugung bzw. den -konsum sein.

Unsere Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten mit den Abteilungen "Hauswirtschaft" sind am besten geeignet, die Nahrungsmittelkompetenz von der Rohstofferzeugung bis zur tischfertigen Zubereitung zu vermitteln. Diese können das. Dieses Angebot sollte auch in den allgemeinen Ausbildungs- und Weiterbildungsstätten zukünftig mehr abgerufen werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass wir im Hinblick auf qualitativ hochwertige Nahrungsmittel in Rheinland-Pfalz keinerlei Nachhilfe nötig haben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Deshalb wird die FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

Schönen Dank fürs Zuhören.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verhältnisse in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft, wie sie in der Einleitung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschrieben werden, entsprechen nicht der Realität.

(Beifall der FDP und der SPD)

Eine – ich zitiere – "industrielle Erzeugung", von der am Anfang des Antrags die Rede ist, findet in Rheinland-Pfalz nicht statt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Im Gegenteil: Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist durch eine flächengebundene Produktionsweise gekennzeichnet, die zu mehr als 30 % freiwillig die strengen Anforderungen unseres "Förderprogramms Umweltschonende Landbewirtschaftung" erfüllt.

Meine Damen und Herren, wenn im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von – ich zitiere – Billigproduzieren" und "angemessenen Preisen" die Rede ist, muss man wissen, dass im Durchschnitt aller Produkte zwei Drittel des Wertes eines Lebensmittels aus der Wertschöpfung der Verarbeitung und der Distribution entstehen. Nur ein relativ geringer Wertanteil stammt aus der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Bei Getreide und Backwaren ist der landwirtschaftliche Wertanteil noch weit geringer, sodass eine Erhöhung des Verbraucherpreises bei den Landwirten nicht in vollem Umfange, sondern nur sehr verkürzt ankommen würde.

Das Entscheidungsverhalten der Verbraucher richtet sich weder nach Vorgaben des Staats noch nach sonstigen Vorgaben. Die Verbraucher entscheiden bei Produkten des täglichen Bedarfs nach ihren persönlichen Wertvorstellungen und insbesondere auch nach ihren Gewohnheiten.

Dass Kommunikationskampagnen im Verbraucherverhalten wirksam ansetzen können, nutzen wir im Gesundheitsbereich seit langem. Nur ein relativ geringer Wertanteil stammt, wenn man so will, aus der landwirtschaftlichen Erzeugung. Solche Kampagnen dürfen jedoch nicht allgemein formuliert sein, sondern müssen

zielgenau und treffsicher die Verbraucher und deren Bedürfnisse ansprechen.

Deshalb gehen wir nicht mit der Gießkanne über das Land, sondern helfen mit einer gezielten Förderpolitik bei konkreten förderwürdigen Projekten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich will das am Beispiel "Rindfleisch" verdeutlichen. Wie Sie wissen, wurde entschieden, die Bemühungen der Landwirtschaftskammer zur Qualitätssicherung zu fördern. Ich unterstütze deshalb die Markteinführung des Prüfsiegelprogramms für Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz.

Diese konkrete Fördermaßnahme ist notwendig, weil gerade auch bei Rindfleisch nicht alle Produkte, die als Qualitätsprodukte bezeichnet werden und uns möglicherweise als besonders wertvoll erscheinen, dieses Attribut verdienen.

Dem werden wir mit unserem Prüfsiegelprogramm ein Produkt gegenüberstellen, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Höchstmaß an Transparenz, Qualität und Sicherheit bietet.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, das war kein leichtes Unternehmen, dieses Prüfsiegelprogramm seinerzeit bei den ersten BSE-Fällen auf den Weg zu bringen. Ich sage das deshalb, weil ich mit der Futtermittelindustrie zweimal habe verhandeln und zum Schluss mit Gewalt durchsetzen müssen, dass eine offene Deklaration eingeführt wurde. Das ist übrigens bei anderen Programmen nicht gegeben, weil mir daran lag, dass eine Nachvollziehbarkeit gegeben sein musste.

Meine Damen und Herren, das Programm zur Neuorientierung der Arbeit unserer Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten ist mit dem Titel "Produktsicherheit und Verbraucherinformation" überschrieben. Dieses Programm wurde im vergangenen Jahr den Mitgliedern des Landtags vorgestellt. Dass solche programmatischen Veränderungen nicht nur Absichtserklärungen sind, sondern sich in der Arbeit der Beratungsstelle niederschlagen, kann eindrucksvoll belegt werden.

So haben zu den Themen "Produktsicherheit" und "Wertschätzung" landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte durch die Verbraucherinnen und Verbraucher die Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten in den vergangenen Monaten über 510 Veranstaltungen mit über 36.000 Teilnehmern durchgeführt.

Dieser Weg wird fortgesetzt und die Maßnahmen dort verstärkt, wo es erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend stelle ich fest: Die Analyse der wirtschaftlichen Gegebenheiten der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz trifft so, wie sie im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formuliert und dargestellt wird, überhaupt nicht zu.

Die Landesregierung bleibt auf dem erfolgreich begonnenen Weg zur Stärkung von Produktsicherheit und Verbraucherinformation in der Hand der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten, und sie fördert das Prüfsiegelprogramm der Landwirtschaftskammer. Meine Damen und Herren, sie wird darüber hinaus nach wie vor die Verbraucherinformation der Verbraucherschutzzentrale entsprechend unterstützen.

Eine Kampagne mit dem Titel "Qualität ist uns was wert" klingt vielleicht gut, die Ziele, die damit zur Förderung unserer Landwirtschaft verfolgt werden sollen, werden jedoch durch dieses Programm nicht erreicht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Mitlieder des Ausländerbeirats und der Gemeinschaft ausländischer Frauen des Landkreises Bad Dürkheim und Herren der Kreishandwerkerschaft Bitburg-Prüm. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen des BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD haben noch eine Redezeit von jeweils drei Minuten; die der CDU und der FDP haben noch jeweils zwei Minuten.

Ich erteile Frau Kollegin Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Ebli, das Argument, der Antrag ist überflüssig, weil wir das alles schon machen, wird durch Wiederholung nicht besser. Das habe ich im Ausschuss schon gesagt. Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, dass es noch Nachbesserungsbedarf gibt, eine solche Kampagne bisher nicht gemacht wird und es gut wäre.

Sie haben von mündigen Bürgern gesprochen. Diese wollen wir auch. Wir wollen keine Bevormundung, aber mündige Bürger brauchen, um bewusste Einkaufsentscheidungen zu treffen, auch gute Informationen. Es geht darum, die zu vermitteln, um das Verständnis zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Erzeugern zu entwickeln.

Herr Kollege Billen,

(Billen, CDU: Ja, Frau Kiltz!)

in dem Antrag steht nicht, dass die Kampagne nur für Ökoprodukte gemacht werden soll – ganz im Gegenteil. Ich lese Ihnen das gern vor, vielleicht können Sie nicht lesen. Hören Sie bitte einmal zu, Herr Billen. Dort steht: "Durch das einheitliche Biosiegel und das QS-System für konventionelle landwirtschaftliche Erzeugnisse sind nun

bundesweit die Rahmenbedingungen geschaffen, auf deren Grundlage größtmögliche Transparenz sowohl für Erzeuger als auch für den Verbraucher für alle landwirtschaftlichen Produkte hergestellt werden kann." Für alle diese landwirtschaftlichen Produkte soll die Kampagne gemacht werden.

Wenn Sie der Meinung sind, dass man die Verbraucherzentrale nicht bitten kann, diesen Auftrag zu übernehmen, Sie aber ansonsten den Antrag für in Ordnung finden würden, wenn Sie ihn noch einmal lesen und merken, dass er sich nicht nur auf Ökoprodukte bezieht, dann können Sie einen Änderungsantrag vorlegen. Dafür sind wir offen.

Herr Kollege Geisen, es wäre schön, wenn Sie einmal Ihre ideologische Brille absetzen würden, wenn Sie unsere Anträge lesen. Das Gleiche gilt für Ihren Partei-kollegen, der der zuständige Minister ist, Herr Bauckhage. Es ist in diesem Antrag nicht die Rede davon, dass in Rheinland-Pfalz eine industrielle Landwirtschaft betrieben wird, sondern es steht dort – BSE ist wirklich ein gutes Beispiel dafür –: "Die BSE-Krise und die Tierfuttermittelskandale sind Beispiele dafür, dass der Versuch, industrielle Produktionsverfahren in die landwirtschaftliche Erzeugung einzuführen, an seine Grenzen stößt in Bezug auf Lebensmittelsicherheit" usw.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wenn ein bäuerlicher Betrieb – das Gegenteil von industriellem Betrieb – Tierfutter, tierisches Eiweißfutter an Kühe verfüttert, ist das ein industrielles Produktionsverfahren, aber nicht die industrielle Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Wenn Sie diesen Unterschied nicht begreifen, dann tun Sie mir leid.

(Beifall der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, die bäuerliche Landwirtschaft davor zu verschonen, dass man mit industriellen Verfahren versucht zu rationalisieren, noch billiger zu produzieren. Wir bezahlen alle teuer dafür mit schlechten Lebensmitteln, mit Lebensmittelskandalen und dem Verlust des Verbrauchervertrauens.

Dass von der Bevorzugung von "Öko" gegenüber "konventionell" in diesem Antrag nicht die Rede ist, habe ich schon gesagt. Das ist einfach Quatsch. Das muss ich an der Stelle einmal deutlich sagen. Lesen Sie ihn noch einmal.

An die Adresse der Landesregierung und an beide Fraktionen muss ich sagen: Es zeugt nicht von großem Engagement für die Verbraucherinnen und Verbraucher, wenn man die Verbraucherzentrale um 150.000 Euro beschneidet. Das hat Herr Kollege Billen schon gesagt. Da muss ich ihm beipflichten.

(Glocke des Präsidenten)

Ein letztes Wort zum Prüfsiegel. Herr Bauckhage hat es wieder hergebetet, Herr Geisen auch. Es ist die zweite Auflage des Prüfsiegels. Die erste Auflage kam 1996. Die Kriterien haben – – –

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Stimmen Sie dem Antrag zu.

Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Frau Abgeordneter Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Billen, ich möchte meiner Verwunderung Ausdruck geben, wie oft Sie das Wort "Verbraucher" in den Mund nehmen. Gleichzeitig sind Sie der verbraucherfreundlichste Mensch, den es überhaupt gibt. Das muss man hier einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Nur eines vergessen Sie bei dieser Sache. Das Verbraucherschutzgesetz ist im Bundesrat zweimal von Ihnen abgelehnt worden. Eine Transparenz für den Verbraucher ist von Ihnen zweimal im Bundesrat abgelehnt worden. Vielleicht können Sie sich einmal ein bisschen — — Es ging um Auszeichnung, um Transparenz, dass der Verbraucher mehr Ansprechstellen haben kann. Das ist von Ihnen abgelehnt worden. Das werden Sie doch nicht bestreiten können.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang bleibt festzuhalten – das sage ich in Richtung der GRÜNEN –, dass es in Rheinland-Pfalz aufgrund der sehr kooperativen Zusammenarbeit der beiden Ministerien, nämlich von Minister Bauckhage und Frau Ministerin Conrad, keine gravierenden Mängel und Lebensmittelskandale gegeben hat. Das muss man doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Außerdem kann man weder den herkömmlichen Bauern noch den Ökobauern die Schuld geben. Hier war wirklich kriminelle Energie am Werk. Denenmuss das Handwerk gelegt werden. Dem werden wir aber nicht durch einen Antrag der GRÜNEN, der vorliegt, gerecht.

Wir müssen sehr sensibel mit der Forderung umgehen – das geht in Ihre Richtung, Frau Kiltz –, dass alle Welt jetzt Ökoprodukte kaufen soll. Wir wissen mittlerweile,

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn wir wirklich auf 20 % Ökoprodukte kommen und diese auch gekauft werden, dann findet bei den Ökobauern ebenso eine Art Massentierhaltung statt. Das konnte man nachlesen. Das muss man auch sehen. Das muss wirklich überdacht werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch, Frau Thomas. Das konnte man in der "Frankfurter Rundschau" sehr gut nachlesen. Mit den glücklichen Kühen und Hühnern ist es nicht mehr weit her.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht so romantisch! – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das muss man einfach sehen.

Ich plädiere vorrangig dafür, Ökobauern und herkömmlche Landwirtschaft nicht gegeneinander auszuspielen. Beide sind notwendig und wichtig in unserer Gesellschaft.

> (Beifall der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

In Rheinland-Pfalz stimmen die Strukturen. Ich kann Ihnen eins sagen, die Verbraucherinnen und Verbraucher sind bei uns gut aufgehoben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Das Wort hat Herr Kollege Billen. Sie haben zwei Minuten Redezeit.

(Zuruf von der SPD: Da kann man viel sagen!)

Abg. Billen, CDU:

- Sehr viel kann man sagen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist abenteuerlich, wie hier begründet wird. Frau Kiltz, ich fange mit Ihnen an.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh!)

Punkt eins: Entschuldigen Sie einmal. Sie lesen etwas vor und vergessen den entscheidenden Satz, den Sie vorn am Absatz stehen haben. Die Biobauernverbände haben schon lange durch die Dokumentation und Kontrollpflicht größtmögliche Sicherheit und nachvollziehbare Qualität geboten.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja! Ja!)

- Natürlich haben Sie einseitig - - -

Sie sind wie Frau Künast. In die Kuh gehört nach Frau Künast nur Gras, Heu und Wasser. Ich sage Ihnen als

2114

produzierender Bauer, dann geht die Kuh kaputt, wenn ich ihr sonst nichts zu fressen gebe.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Schmitt, CDU: Nicht nur die Kuh!)

Insofern ist das Unsinn. Das ist ein Punkt. Jetzt kommt der zweite Punkt, der ganz entscheidend ist. Hier nimmt keiner die Zahlen zur Kenntnis.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage geht nicht darauf ein. Er sagt, wir fördern die Verbraucherverbände. Er hat 150.000 Euro in seinem Haushalt gestrichen.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

 Natürlich. Oder Ihr Staatssekretär hat mir die falschen Kürzungsvorschläge auf den Tisch gelegt, könnte ja sein. Aber sie liegen auch im Ausschuss auf dem Tisch.

Gleichzeitig gibt der Ministerpräsident für eine ehrenamtliche Verbraucherschutzbeauftragte rund 80.000 Euro im Jahr aus, die halbtags beschäftigt ist.

(Zurufe von der CDU)

Das Geld geben wir besser den Verbraucherschutzorganisationen: denen glauben die Verbraucher.

Ganz ernsthaft. Natürlich bin ich einer der oberen Verbraucherschützer; denn ich produziere Nahrungsmittel, saubere Nahrungsmittel, und zwar unter hoher Kontrolle. Ich sorge dafür, dass ich selbst saubere Nahrungsmittel zu essen bekomme und die Verbraucher auch saubere Nahrungsmittel zu essen bekommen.

Natürlich habe ich ein Interesse am Verbraucher. Ich brauche ihn lebend. Ich will weiter erzeugen und überleben. Insofern muss man Ihnen deutlich machen, dass Sie von einer Landwirtschaft reden, die es in dieser Welt überhaupt nicht gibt.

(Schmitt, CDU: Und es geht ihr nicht schlecht!)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Geisen das Wort. Sie haben ebenfalls zwei Minuten Redezeit.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ideologisch!)

Aba. Dr. Geisen. FDP:

- Keine Ideologie.

Meine Damen und Herren! Frau Kiltz, es kann doch nicht sein, dass man sich politisch dadurch profilieren will oder kann, indem man dort neue Gesetze und Regelungen fordert, wo dies nicht nötig ist. Das kann doch nicht sein.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo wird hier ein Gesetz gefordert, wo denn?)

Ich sage Ihnen, unsere Lebensmittel waren grundsätzlich noch nie so sicher wie in den vergangenen Jahrzehnten. Sie waren qualitativ noch nie so hochwertig wie in den vergangenen Jahrzehnten. Sie sind aufgrund von Skandalen grundsätzlich schlechtgeredet worden.

Das kann so nicht weitergehen. Wir müssen alle dazu beitragen, dass eine Imageverbesserung auch für die Landwirte, egal ob ökologische oder konventionelle Erzeugung, wiederhergestellt wird.

Wir brauchen keine weiteren Qualitätssicherungsmöglichkeiten, wenn wir alle unsere Kontrollmöglichkeiten voll ausschöpfen. Wir haben Möglichkeiten genug. Unser System gibt genug Möglichkeiten her. Deshalb ist es falsch, zusätzliche Institutionen zu fordern, die noch mehr Geld kosten und auf keinen Fall bessere Lebensmittel zulassen werden. Das ist genau der Punkt.

(Beifall der FDP und der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, helfen Sie mit, eine Kampagne für die Imageverbesserung der Lebensmittel durchzuführen. Das Image unserer Nahrungsmittel muss verbessert werden. Dazu tragen unsere Beratungsstellen, jedenfall die, die das Feld und das Fach beherrschen, im ernährungswirtschaftlichen Bereich sehr stark bei. Ich sage Ihnen, diese Beratungssdienste, die in Ökotrophologie und Landwirtschaft fachkompetent sind, müssen Sie noch mehr abfragen.

Ich bitte alle, auch die Regierung, sie noch mehr in unsere Verbraucherberatungen zum Wohl des Verbraucherschutzes mit einzubinden.

Danke schön.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Beratung dieses Antrags. Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung. Der Ausschuss em pfiehlt die Ablehnung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist gegen den Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgebührengesetzes für Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1146 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/1418 -

Gemäß Absprache im Ältestenrat kann dies ohne Aussprache behandelt werden. Wir kommen damit zur Abstimmung in zweiter Beratung. Wer diesem Landesgesetz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Landesgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Landesgesetz zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Ich danke Ihnen. Damit ist dieses Landesgesetz auch in der Schlussabstimmung mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Abkommen über die Bildung eines gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1151 – Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses

- Drucksache 14/1419 -

Wir befinden uns ebenfalls in zweiter Beratung. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, über diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache abzustimmen. Wir kommen damit zur unmittelbaren Abstimmung. Wer diesem Landesgesetz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Landesgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Landesgesetz zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist dieses Gesetz auch in der Schlussabstimmung mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen.

Ich rufe den Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/1223 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

- Drucksache 14/1412 -

Der Ältestenrat hat auch hier vereinbart, dies ohne Aussprache zur Abstimmung zu bringen. Es gibt keinen Widerspruch. Wir verfahren so. Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung in zweiter Beratung. Wer dem Landesgesetz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Landesgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Landesgesetz zustimmen möchte, den bitte, sich vom Platz zu erheben! – Ich danke Ihnen. Damit ist auch in der Schlussabstimmung mit den Stimmen aller Fraktionen dieses Gesetz so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Tagesordnung heute mittag noch ergänzt, deshalb rufe ich noch zwei Punkte auf. Es handelt sich um Anträge der Landesregierung.

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von Bildungsnachweisen im Hochschulbereich Antrag der Landesregierung

- Drucksache 14/1440 -

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ungarn über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Antrag der Landesregierung

– Drucks ache 14/1442 –

Ich empfehle die Überweisung der beiden Anträge an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur. Gibt es weitergehende Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Wir werden so verfahren.

Ich bedanke mich und beschließe die heutige Sitzung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz für morgen früh um 9:30 Uhr ein.

Vielen Dank und einen angenehmen Abend.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr.